

Meine Herren! Das war der Bericht zur Lage. Keine Wortmeldungen mehr! – Ich denke, wir machen jetzt Schluß. Ich danke Ihnen!

9

Bonn, 16. September 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, [Bach], Blumenfeld, Cillien, Dichtel, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Kraske, Krone, Lemmer, Oberländer, [Osterloh], Pferdenges, Scheufelen, Schröder, [Seidel], Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Lage der Partei. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses am 28. September 1959. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen nach einer ziemlich langen Pause und darf zunächst einmal Ihre Meinung hören über den Verlauf der heutigen Sitzung. Ich höre nämlich eben, daß – ich weiß nicht, von wem – für 7 Uhr ein Büfett bestellt worden ist. Ich bin vorher nicht gefragt worden; deshalb frage ich danach. Gedenken Sie nun wirklich, so lange hierzubleiben oder gedenken Sie das nicht? (*Cillien:* Das wird im wesentlichen von Ihnen abhängen!) Von mir? (*Cillien:* Ja, wie in allen Fragen und Dingen!) Das zahle ich Ihnen heim! Aber wir müssen das jetzt wissen! (*Altmeier:* Wir sind um 6 Uhr fertig!) Haben Sie gehört? Herr Ministerpräsident Altmeier erklärt, daß wir um 6 Uhr fertig seien. (*Altmeier:* Ich habe es so gemeint!) Wer nicht widerspricht, der stimmt zu. Also, bestellen Sie das Büfett wieder ab. (*Kraske:* Ich hatte nur gebeten, das einmal zu prüfen, weil wir eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen haben. Ich teile nicht den Optimismus des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier!) Je umfangreicher eine Tagesordnung ist, desto schneller wird man damit fertig.

Ich wurde eben von Herrn Kraske mit den Worten empfangen: Herr Kiesinger läßt sich entschuldigen, weil er den Herrn Altbundespräsidenten in Stuttgart empfangen müsse. Ich möchte Ihnen ausdrücklich erklären, wir kennen keinen Altbundespräsidenten. Ich wüßte nicht, wie wir dazu kämen. Es gibt einen Bundespräsidenten, aber keinen Altbundespräsidenten.

Gerstenmaier: Die Frage ist im Zusammenhang mit dem Pensionsgesetz des Bundespräsidenten im Ältestenrat des Bundestages wiederholt besprochen worden.

Man ist dort von allen Seiten und von allen Parteien einmütig der Auffassung gewesen, daß wir diesen Usus, den das deutsche Gesetz in keinem Falle kennt, sondern der aus dem schweizerischen Brauche kommt, mit entsprechenden Anklängen in einigen württembergischen und anderen süddeutschen Gemeinden haben, nicht ohne weiteres auf ganz Deutschland übernehmen können und auch nicht übernehmen wollen; vor allem aber waren wir der Meinung, daß es dem Grundsatz der ratio legis unserer Verfassung und des Staates entspricht, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: *Le roi est mort, vive le roi!* Denn der neue Bundespräsident muß auch eine Chance haben. Was haben wir davon, wenn wir eine Ehreninstanz, eine Berufungsinstanz usw. haben. Das können wir nicht wollen. Ich habe das mit Nachdruck im Ältestenrat vertreten, und ich stelle fest, daß alle Parteien im Bundestag dieser Auffassung zugefallen sind. Ich bedaure aufrichtig, daß nun überall in der Presse eine Sprachgebung auftritt, die ganz bestimmt nicht vom Bundestag her kommt, von der wir im Bundestag jedenfalls keine Ahnung haben und die dort ausdrücklich abgelehnt worden ist. Ich möchte das zur Klarstellung sagen.

Adenauer: Ich wollte das hier zur Kenntnis bringen. Ich meine, der Ältestenrat des Bundestages hat da durchaus richtig gehandelt. Stellen Sie sich vor: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Dann bekommen Sie demnächst einen Altbundeskanzler. (*Heiterkeit.*) Lachen Sie nicht! Dann bekommen die Ministerpräsidenten einen ganzen Haufen Altministerpräsidenten. Wohin soll es führen? (*Gerstenmaier:* Dann haben wir eines Tages mehrere Altbundespräsidenten!)

Meine Damen und Herren! Ich heiße Herrn Kollegen Seidel recht herzlich bei uns willkommen (*Beifall.*) und freue mich, daß er bei uns weilt. Ich glaube, daß er uns in mancher Hinsicht einen guten Rat geben kann; denn ich möchte nachher auch einmal darüber sprechen, was man bei uns „Bundespartei“ nennt. Das ist ein Wesen, das in Wirklichkeit gar nicht existiert. Aber das werde ich Ihnen nachher erklären.

Ich möchte nun über die politische Lage zu Ihnen sprechen. Es ist allerhand zu sagen, aber ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu fassen. Wenn ich sitzend zu Ihnen spreche, und zwar entgegen meiner Gewohnheit, so darf ich das auch erklären. Kurz vor meiner Abreise nach Cadenabbia bin ich gefallen und habe mir einen Bluterguß im Knie zugezogen und muß infolgedessen eine Zeitlang am Stock gehen oder sitzend zu Ihnen sprechen. Ich weiß, daß ich stehend besser spreche als sitzend, aber es tut mir leid, ich kann mir das Vergnügen nicht leisten.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Zur politischen Lage! Ich möchte zunächst über die außenpolitische und dann über die innenpolitische Lage sprechen. Bei der außenpolitischen Lage ist z.Z. über den Chruschtschow-Besuch in den Vereinigten Staaten¹ noch nichts Wesentliches zu

¹ Vom 15. bis 25. September 1959 (AdG 1959 S. 7947).

berichten; aber über die Tätigkeit des Kommunismus ist um so mehr zu berichten, und zwar meine ich jetzt nicht die unterirdische Tätigkeit bei uns in der Bundesrepublik, die nach wie vor recht lebhaft und rege ist, sondern ich meine jetzt die Aktivität der kommunistischen Staaten. Ich habe vor kurzem in unserer Fraktion darüber gesprochen² und darf wiederholen, was ich auch hier an die Spitze stellen möchte: Der Kommunismus hat zwei große Operationsfelder. Das eine Operationsfeld ist Europa, das andere ist z.Z. Asien. Wenn ich sage „zur Zeit“, dann deswegen, weil es nach meiner Überzeugung nicht lange dauern wird, bis wir ein drittes Operationsfeld in Afrika haben. Diese Möglichkeiten, die der Kommunismus hat, gestatten ihm, ein Feld ruhig liegenzulassen, dafür aber seine Tätigkeit auf einem anderen Felde in seinem Sinne verstärkt fortzusetzen. Das hat er jetzt in Asien getan. Ich brauche nur die Worte zu sagen: Tibet, Laos und Indien. Es ist zweifellos, daß er in derselben Richtung weiter fortfahren wird. Wir müssen abwarten, was sich aus dem Besuchsaustausch und den diplomatischen Verhandlungen ergibt; nicht zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sondern zwischen den Vereinigten Staaten und seinen europäischen Bündnispartnern. Diese Bündnispartnerschaft war in den letzten zwölf Monaten durch verschiedene Dinge getrübt worden, namentlich das Verhältnis zwischen Frankreich und Amerika.

Ich darf in Ihr Gedächtnis zurückrufen, meine Freunde, daß im September des vorigen Jahres sich zwei wesentliche Dinge zwischen Frankreich und den übrigen Partnern und zwischen Frankreich und Amerika ereignet haben. Das eine war, daß in der UNO der Mißbilligungsantrag gegen Frankreich³ – der zwei Drittel der Stimmen brauchte, um durchzukommen – mit einer Stimme weniger als zwei Drittel abgelehnt worden ist. Die Vereinigten Staaten haben sich damals der Stimme enthalten und mit ihnen eine ganze Reihe – namentlich aus Südamerika – weiterer Staaten, die dem amerikanischen Beispiel sehr leicht folgen. Das hat natürlich in Frankreich nicht nur sehr großes Aufsehen erregt, sondern eine große Erbitterung hervorgerufen, insbesondere bei de Gaulle.

Das zweite Ereignis von Bedeutung im September des vorigen Jahres war, daß de Gaulle an Amerika die Forderung gestellt hat, in das Zweier-Gremium der beiden angelsächsischen Mächte, das über globale Fragen wertet und entscheidet, aufgenommen zu werden.⁴ Die Aufnahme dieser Forderung durch die Vereinigten Staaten war sehr kühl. Es hat dann in der Folge Frankreich – zum Teil durch die Verstimmung, die die Aufnahme in Amerika mit sich brachte – bewogen, Schwierigkeiten innerhalb der NATO zu machen, die ich hier im einzelnen nicht auseinandersetzen möchte.

2 In der Fraktionssitzung am 14. September 1959 sprach Adenauer davon, „daß der Kommunismus zwei Kampffelder hat, das eine in Europa und das andere in Asien“ (ACDP VIII-001-1008/2).

3 Gemeint: Resolution zu Algerien – AdG 1958 S. 7306 und 7441 (Abstimmung am 13. Dezember 1958).

4 Am 24. September 1958 (AdG 1958 S. 7359).

Innerhalb der NATO, also auf der Seite der freien Völker, war dann noch eine zweite Verstimmung, nämlich die Verstimmung zwischen Großbritannien und uns, der Bundesrepublik. Ich muß darauf zurückkommen, weil neuerdings die Presse – sogar heute wieder – Mitteilungen bringt über etwas, was ich in der Fraktion gesagt haben soll.⁵ Das habe ich in der Form in keiner Weise gesagt. Aber ich möchte doch die ganze Situation klarlegen, weil sie auch in der Zukunft von Bedeutung sein wird.

Zwischen Großbritannien und uns herrschen zwei Gegensätze. Der eine Gegensatz betrifft die Einrichtung einer mindergerüsteten und kontrollierten Zone in Mitteleuropa. Der zweite Gegensatz ist der, der sich auf die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und die Freihandelszone, die Großbritannien will, bezieht. Diese minderbewaffnete und kontrollierte Zone in Mitteleuropa ist vorerst von Rapacki⁶, d.h. von Moskau, vorgeschlagen worden. Selbstverständlich würde die Bundesrepublik oder ein wiedervereinigtes Deutschland zu dieser Zone gehören; denn wenn Sie sich die Karte Europas vor Augen halten, ist es ganz klar, daß von den beiden Blocks Staaten genommen werden sollen, die mindergerüstet und kontrolliert sind. Das würden nach den Versionen, die damals in der Presse erschienen sind, auf der einen Seite Polen und die Tschechoslowakei sein – später wurde noch Ungarn genannt, das interessiert aber wenig –, auf der anderen Seite die Bundesrepublik oder das wiedervereinigte Deutschland. Das würde für uns bedeuten: zunächst einmal der Zerfall der NATO. Eisenhower, de Gaulle, Norstad und der französische Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte für Europa⁷ haben ausdrücklich und öffentlich erklärt, daß, wenn eine solche Zone unter Einschluß Deutschlands geschaffen würde, die NATO nicht mehr operationsfähig wäre.

Ich nehme an, daß man in diesem Kreise hier ruhig eine Lippe riskieren kann, ohne daß es sofort wieder in der Presse steht. Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Wenn die deutschen Truppen weniger als die französischen, die italienischen, die türkischen oder die griechischen Truppen bewaffnet wären – auf die Kontrolle komme ich gleich zu sprechen –, dann ginge im Falle eines bewaffneten Konfliktes selbstverständlich noch mehr als sonst der Stoß der schwerbewaffneten russischen Truppen gegen unsere Leute, gegen die, die minderbewaffnet sind. Ich glaube nicht, daß irgendein deutscher Politiker es überhaupt dann verantworten könnte, noch der NATO anzugehören, um seine minderbewaffneten Truppen einem eventuellen Angriff der stark bewaffneten russischen Armee auszusetzen. Dann würde natürlich Sowjetrußland, wenn es so käme, seine Truppen zuerst gegen die deutschen Truppen

5 FAZ vom 16. September 1959 („Antwort aus London“); „Die Welt“ vom 16. September 1959 („London über Adenauer verstimmt. Neue Mißverständnisse über angebliche Rede Macmillans“).

6 Rapacki-Plan – Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): Jahrbuch. Die Internationale Politik 1956–1957. München 1961 S. 518f.

7 General Jean-Etienne Valluy (1899–1970), war 1956–1960 NATO-Oberbefehlshaber für Europa-Mitte.

einsetzen, die minderbewaffnet wären, und es würde dort durchstoßen können, und die ganze NATO hätte keinen Sinn und keinen Zweck mehr.

Das sind solche einfachen Binsenwahrheiten, daß auch der Laie in militärischen Dingen das durchaus verstehen kann. Wir haben aber durch unsere Generale diesen Tatbestand mehrfach prüfen lassen, nicht etwa jetzt erst, sondern schon vor Jahren, als die Waffentechnik noch nicht so weit fortgeschritten war. Alle kommen zu dem Ergebnis: Es ist unverantwortlich, etwas Derartiges überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Als Premierminister Macmillan Anfang dieses Jahres in Moskau war⁸, stand im Schlußkommuniqué, daß die Frage der Einrichtung einer minderbewaffneten und kontrollierten Zone in Mitteleuropa untersucht werden solle. Die Labour Party in Großbritannien hatte die Sache aber schon vorher aufgegriffen und diese Forderung aufgestellt, und zwar als eine ihrer maßgeblichen Forderungen. Die Konservative Partei in Großbritannien hat jetzt bei ihrem Wahlauftritt für die Wahl am 8. Oktober 1959 dieselbe Frage aufgegriffen⁹, wenn auch nicht unter Nennung Deutschlands. Es ist aber ganz klar, daß Deutschland dabeisein würde.

Ich habe darüber vorgestern in der Fraktion gesprochen. Das ist an die Presse gelangt. Und in Großbritannien behauptet man, ich habe Herrn Macmillan attackiert. Davon ist keine Rede, meine Herren! Aber ich bin als deutscher Bundeskanzler verpflichtet, die Interessen der Bundesrepublik zu vertreten, und möchte Ihnen nochmals sagen, daß diese Frage für uns überhaupt nicht in irgendeiner Form diskutabel ist. Dabei haben wir auf unserer Seite die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, die Benelux-Länder; kurz und gut, alle mit Ausnahme von Großbritannien.

Die zweite Differenz zwischen Großbritannien und uns betrifft – wie ich eben sagte – die Freihandelszone und die EWG. Ob da eine Verständigung möglich ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe gestern noch mit einigen Herren, darunter auch mit Herrn Hallstein, darüber gesprochen. Man will die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen suchen. Meine Meinung ist die: Man soll bei der ganzen Angelegenheit England soweit entgegenkommen, wie es für die EWG überhaupt tragbar ist, d.h. man darf nicht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft opfern Großbritannien zuliebe. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit das sehr nachdrücklich hervorheben – ist nach unserer Auffassung, auch nach der von Frankreich und Italien, bei weitem nicht in erster Linie eine Wirtschaftskombination, sondern eine politische Kombination. Wir alle betrachten diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als eine der Vorstufen, um zu einem integrierten Europa zu kommen. Es wird daher unser Bemühen sein, und das gilt namentlich auch für unsere Wahlparolen im Jahre 1961, den europäischen Gedanken

⁸ Vom 21. Februar bis zum 3. März 1959 (AdG 1959 S. 7586–7588).

⁹ Zum Wahlmanifest der Konservativen vgl. FAZ vom 12. September 1959 und NZZ vom 13. September 1959.

zu stärken, und zwar im Sinne der bisher in Europa bestehenden oder dahin zielenden Institutionen und durch deren Verbände.

Lassen Sie mich hier einflechten, daß auch Herr Eisenhower auf dem Standpunkt steht, daß die europäische Integration eine absolute Notwendigkeit ist, die in jeder Weise von den Vereinigten Staaten gewünscht und gestaltet wird.

Meine Freunde! Das ist augenblicklich das Wesentlichste, bis auf die Reise von Eisenhower¹⁰, über die ich etwas ausführlicher sprechen möchte. Es hatte sich in den letzten zwölf Monaten Zündstoff durch diese Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zwischen Frankreich und Amerika und zwischen Frankreich und der NATO, in der NATO angesammelt. Eisenhower war, wie Sie wissen, hier in Bonn, in London und in Paris. Wir haben uns gar nicht besonders angestrengt, daß er hierherkommen solle, sondern die Initiative ging von dort aus. Die Reise Eisenhowers durch dieses sich ständig verkrachende Europa war ein ganz großer Erfolg für ihn persönlich, für die Vereinigten Staaten, aber auch für die europäische Idee und für die Länder, die er besucht hat. Eisenhower wurde hier in Bonn in einer solch triumphalen Weise empfangen, wie ich es in meinem ganzen Leben noch bei keiner Gelegenheit erlebt hatte. Nichts Gestelltes war dabei; abgesehen davon, daß die Vertriebenenverbände in einer sehr reichlichen Zahl Spruchbänder aufgepflanzt hatten auf dem Wege von Wahn nach Godesberg, und zwar gerade gehäuft in Godesberg. Wie ich zu meinem Erstaunen eben gehört habe, sind diese Spruchbänder bezahlt worden vom Bundesministerium für Vertriebene. (*Oberländer*: Das stimmt nicht, Herr Bundeskanzler, sondern vom Gesamtdeutschen Ministerium!) Verzeihen Sie, ich habe mich versprochen, ich stelle ausdrücklich fest: vom Gesamtdeutschen Ministerium! (*Lemmer*: Nicht vom Minister, der war in Ferien!) Hört! Hört! Ich komme vielleicht gleich noch einmal darauf zurück. Ich möchte sagen, das hat mich direkt peinlich berührt, diese ganze Sache. Sie wissen, daß Eisenhower und ich, und zwar auf seine Bitte hin, diese ganze Strecke stehend zurückgelegt haben. Diese Spruchbänder waren gehäuft. Man hat auch noch oberschlesisch sein sollende Knappen aufgestellt. (*Gerstenmaier*: Es waren doch Originalknappen!) Nein, es waren auch „Knappinnen“ dabei mit Fackeln und allerlei Geschichten! Herr Eisenhower hat nur einmal eine Bemerkung darüber gemacht. Er hat es natürlich gesehen. Ich hätte es für durchaus berechtigt empfunden, wenn man an der einen oder anderen Stelle Eisenhower darauf aufmerksam gemacht hätte, wie es bei uns aussieht, aber wie es da gemacht worden ist, das war direkt politisch eine ganz große Dummheit, so etwas zu machen.

Ich sagte eben, wir sind in dem Leihwagen, den wir uns zu diesem Zweck beschafft hatten, von Wahn bis Godesberg – er wohnte in der Botschaft – gefahren. Es mußte ein Wagen von uns beschafft werden, in dem man stehen und zu gleicher Zeit sich festhalten konnte. Daher hatte ich die Möglichkeit, diesen Triumphzug Eisenhowers so unmittelbar zu erleben, die Gesichter der Leute zu sehen, ihnen ins Auge zu sehen und die Zurufe zu hören. Ich habe dabei Eisenhower beobachtet. Wir haben zweieinhalb

10 Am 26. und 27. August 1959 (AdG 1959 S. 7898–7900).

Stunden für diese Fahrt gebraucht. Es waren Hunderttausende von Menschen da; auch aus der Arbeiterklasse waren sehr viele vertreten, weil wir durch diese kleinen Fabrikdörfer fuhren, die zwischen Wahn und Beuel liegen. Ich habe nur vier bis fünf Leute auf dem langen Weg gesehen, die so an den Händen „frozen“, daß sie die Hände nicht aus den Hosentaschen ziehen konnten. Alle anderen aber waren tatsächlich hell begeistert und jubelten Eisenhower – ein bißchen kriegte ich auch mit – in einer Weise zu, daß es wirklich eine Bestätigung unserer Politik, die wir zehn Jahre lang betrieben haben, durch die Bevölkerung war, wie man sie sich freundlicher und besser gar nicht vorstellen konnte.

Eisenhower war auch dadurch sehr gerührt. Diese Begrüßung Eisenhowers durch die Bevölkerung hat nach meiner Meinung sehr wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung zwischen den Vereinigten Staaten und uns und auch die Stimmung Eisenhowers zu unseren Gunsten noch erheblich weiter zu verbessern. Er war, wie Sie wissen, relativ kurze Zeit hier. Während er hier war, haben zwischen ihm und mir Aussprachen stattgefunden, und zwar in zwei Teile geteilt, die zusammen viereinhalb Stunden umfaßten und zu denen sonst niemand anwesend war als der Dolmetscher. Eisenhower, den ich zum ersten Male als Präsident im Jahre 1953 erlebt habe – früher hatte ich ihn zweimal getroffen –, war jetzt nicht nur von einer außerordentlichen, körperlichen Frische, er war auch über alles unterrichtet und äußerte sehr offen und freimütig seine Meinung. Er war ein ganz anderer Mann, als er früher gewesen ist, so daß ich wirklich überrascht war, welche Vitalität – auch auf politischem Gebiete – er bei dieser Gelegenheit zeigte.

Wir haben natürlich auch über den Besuch Chruschtschows gesprochen, und er hat gesagt, daß er selbstverständlich nicht mit Chruschtschow verhandeln werde. Er hat es auch jetzt wiederum erklärt. Ich glaube, daß er diese Worte auch halten wird. Ich habe eben gesagt, daß er die europäische Integration so sehr betont hat. Wir haben darüber ausführlich gesprochen. Ich kann nur nochmals sagen, daß die europäische Integration für ihn von der denkbar größten Bedeutung ist für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Der zweite sehr wichtige Gegenstand unserer Besprechungen waren die NATO und die Schwierigkeiten, die innerhalb der NATO entstanden waren. Das Gespräch drehte sich natürlich in sehr starkem Maße um de Gaulle. Ich habe versucht, ihm meine Meinung über de Gaulle klarzulegen, über die Notwendigkeit, daß de Gaulle da ist; denn ohne de Gaulle wäre Frankreich im Bürgerkrieg. Ich habe versucht, ihn davon zu überzeugen, daß die Schwierigkeiten, die jetzt vorhanden sind, sehr wesentlich auf psychologischen Grundlagen beruhen. Ich kann wohl, ohne zu übertreiben, sagen, daß es mir gelungen ist, ihn auch davon zu überzeugen. Ich möchte weiter sagen, daß das Gespräch, das wir beide über de Gaulle gehabt haben, die Grundlage gewesen ist für sein Gespräch mit de Gaulle.¹¹ Ich habe auch mit Zustimmung von

11 Gespräche Eisenhowers mit de Gaulle am 2. und 3. September 1959 in Paris (AdG 1959 S. 7916). Brief Adenauers an de Gaulle vom 27. August 1959, in StBKAH III/3.

Eisenhower noch am gleichen Tage de Gaulle brieflich unterrichtet über den Verlauf des Gesprächs zwischen Eisenhower und mir über de Gaulle, so daß also – es war an sich eine Sache, derentwegen man Sorge haben konnte – auch diese Besprechung zwischen de Gaulle und Eisenhower sehr gut verlaufen ist und wesentlich zur Stärkung der europäischen Sache beigetragen hat.

Er hat auch mit Segni¹² gesprochen. Segni und Pella haben ihn in Paris besucht. Segni hat mir über sein Gespräch mit ihm berichtet, ebenso wie de Gaulle mir über sein Gespräch mit Eisenhower geschrieben hat. Wenn man die Nachrichten, die bald von dem einen, bald von dem anderen kommen, vergleicht, kann man nur sagen: Es ist ein Segen, daß Eisenhower diese Reise gemacht hat. Der Westen ist dadurch außerordentlich gestärkt worden.

Über das Gespräch zwischen Macmillan und Eisenhower¹³ habe ich von Herrn Macmillan nichts gehört, aber das war wohl nicht nötig; denn ich wußte, worüber sie sich unterhalten würden. Es sind erstens alte Kriegsgefährten, sie kennen sich persönlich sehr gut; und zweitens sind die amerikanische Politik und die englische Politik im allgemeinen – ich betone aber: im allgemeinen, nicht in allem, was Europa angeht – so eng miteinander verbunden, daß eigentlich Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Die Meinungsverschiedenheiten, die bestanden haben, bestehen noch weiter. Das ist die Gipfelkonferenz.¹⁴ Macmillan will, wie Sie wissen, eine Gipfelkonferenz ohne jede Voraussetzung, während Eisenhower als Voraussetzung für eine Gipfelkonferenz verlangt, daß irgend etwas Positives von seiten Sowjetrußlands vorher geschehe. In dieser Sache hat sich eine Verständigung zwischen Macmillan und Eisenhower nicht ergeben. Ihre Meinungen bleiben also in dieser Sache weiterhin geteilt.

Dann ist von großer Bedeutung, was das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa angeht, daß man 1. die NATO noch mehr als bisher kultivieren will, d.h. den politischen Teil der NATO, den militärischen Teil selbstverständlich, aber auch den politischen Teil, 2. daß Eisenhower mir bestätigte, was mir Norstad vorher gesagt hatte: Dieses angelsächsische Gremium, in das de Gaulle aufgenommen werden wollte, besteht nicht mehr. Es hat, wie ich gehört habe – nicht von Eisenhower –, bis zum Jahre 1946 bestanden¹⁵, also während des letzten Krieges. Dann wollte Amerika es auflösen. England hat gebeten, es bestehen zu lassen, aber es ist dann von selbst zum Erliegen gekommen, so daß in Wahrheit ein solches Gremium nicht mehr besteht.

12 Professor Antonio Segni (1891–1972), Rechtswissenschaftler, italienischer Politiker; 1955–1957 und 1959–1960 Ministerpräsident (DC), 1958–1959 Verteidigungsminister, 1959–1960 Innenminister, 1960–1962 Außenminister, 1962–1964 Staatspräsident.

13 Eisenhower weilte vom 27. bis zum 31. August 1959 in Großbritannien. Am 29., 30. und 31. August führte er Gespräche mit Macmillan, wobei das Gespräch vom 31. August aus der Downing Street im Fernsehen übertragen wurde (AdG 1959 S. 7914–7916).

14 Gemeint ist die gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz Mitte Mai 1960 in Paris (AdG 1960 S. 8400–8407).

15 Vgl. oben S. 386.

Diese sehr klare Erklärung war übrigens auch für uns neu. Wir haben immer geglaubt, daß dieses angelsächsische Gremium noch weiter existiere.

Nun, meine Damen und Herren, müssen wir abwarten, was Chruschtschow und Eisenhower und demnächst Eisenhower und Chruschtschow tun werden. Eisenhower wird uns unterrichten. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch auf den Brief zurückkommen, den Chruschtschow mir geschrieben hat und den ich beantwortet habe.¹⁶ Der Brief war sehr eigenartig. Er war 13 Schreibmaschinenseiten lang und wechselte in Freundlichkeiten und in Grobheiten ab. Es war also ein echter „Chruschtschow“. Ich bin davon überzeugt, daß er ihn zum weitaus größten Teil selbst geschrieben hat. Das geht z.B. auch daraus hervor – ein solcher Satz wird niemals von einem Mitglied eines Auswärtigen Amtes geschrieben werden –, daß er – ich zitiere – schreibt: „Wir beide sind zu alt, um uns gegenseitig noch etwas weiszumachen.“ In meiner Antwort habe ich mit dem Satz geschlossen und gesagt: „Sie haben den wirklich vortrefflichen Satz geschrieben, daß wir beide zu alt seien, um uns noch etwas weiszumachen, und das beziehen Sie bitte auf das, was ich Ihnen vorstehend geschrieben habe.“ Er war sehr erstaunt über die Antwort. Sie wissen, daß im „Foreign Affairs“ später ein Artikel erschienen ist, der wieder von Grobheiten gegen die Bundesrepublik und gegen meine Person strotzt.¹⁷ Die Russen haben aber mitgeteilt, der Artikel sei schon in Amerika gewesen, ehe mein Brief in Moskau eingetroffen sei.

Ob bei diesem Briefwechsel viel herauskommen wird, weiß ich nicht. Ich glaube noch nicht daran; denn in diesem Brief sagt er: „Sie sind ein Realist. Sie müssen realistisch sehen, wie die Sachen liegen. Wir haben uns die Zone zugelegt. Berlin liegt mitten in der Zone. Also erkennen Sie diese Tatsache an. Das sind nun einmal Fakten, die sind nicht aus der Welt zu schaffen, und dann können wir im übrigen sehr gute Geschäfte miteinander machen.“ Wie er überhaupt sehr viel von Geschäften gesprochen hat! Diese Worte klingen in den Ohren mancher führender Industrieller in Deutschland außerordentlich verlockend. Ich glaube aber nicht, daß viel dabei herauskommen wird.

Sie wissen weiter – auch das gehört in diesen Überblick –, daß ich zum 1. September über das Radio nach Polen gesprochen habe.¹⁸ Ich habe mich nur sehr schweren Herzens dazu entschlossen. Ich bin aber von deutscher Seite so gedrängt worden, das zu tun, daß ich es dann doch getan habe. Meine Freunde! Der Wahrheit muß man immer die Ehre geben. Ich habe deswegen festgestellt – das werden Sie vielleicht gehört haben –, daß leider Gottes Hitler-Deutschland zusammen mit

16 Chruschtschow an Adenauer vom 18. August 1959 und Antwortschreiben vom 27. August 1959 in AdG 1959 S. 7901–7904, BULLETIN vom 1. September 1959, S. 1595f., MOSKAU BONN S. 586–595.

17 Nikita S. KHRUSHCHEV: On Peaceful Coexistence. In: Foreign Affairs Vol. 38 No. 1 October 1959 S. 1–18. Vgl. auch NZZ vom 4. September 1959 (Anpreisung der Koexistenzthese).

18 Vgl. BULLETIN vom 1. September 1959 S. 1593. Vgl. auch Hansjakob STEHLE: Adenauer, Polen und die Deutsche Frage. In: FOSCHEROTH S. 80–98.

Sowjetrußland in Polen eingedrungen sei. Ich habe mir sogar noch die Mühe gemacht und einiges gestrichen. Ich hatte zuerst geschrieben: „Das Deutschland Hitlers und Sowjetrußland Stalins“. Ich habe das Wort „Stalins“ nachher gestrichen, weil ich dachte, das erste genüge. Das hat nachher in Polen großes Aufsehen hervorgerufen. Die polnische Regierung hat erst nach acht Tagen gestattet, diese Radiobotschaft von mir in den polnischen Zeitungen abzdrukken. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß Herr Eisenhower – wir haben das Verhältnis zu Polen miteinander besprochen – in keiner Weise gedrängt hat, wir sollten mit Polen diplomatische Beziehungen aufnehmen, wie er überhaupt in keinem Punkt gedrängt hat. Wir haben uns sehr eingehend ausgesprochen, und er hat in manchen Sachen eine andere Meinung, wie ich sie habe. Wir haben sie beide dargelegt, und es ist ja schließlich bei solchen Gesprächen auch das beste.

Was wir nun mit Polen machen werden, das hängt nach meiner Meinung sehr ab von dem Verlauf der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen in den nächsten Monaten. Jetzt da große Geschichten zu machen, wie das von sozialdemokratischer Seite verlangt wird, wäre nach meiner Meinung eine große Dummheit. Sogar die ausländischen führenden Staatsmänner, die dringendst wünschen, wir möchten mit Polen diplomatische Beziehungen anknüpfen, sagen, es wäre eine große Torheit, das jetzt zu machen und überhaupt zu machen, ohne daß eine Gegenleistung erfolge.

Die Frage Polen, Oder-Neiße-Linie usw., überhaupt das Verhältnis zu Rußland wird von Bedeutung sein in den Kreisen der Vertriebenen bei uns. Deshalb ist diese Frage auch im Hinblick auf die Wahl des Jahres 1961 von Bedeutung. Sie muß auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Es ist in hohem Maße unwahrscheinlich, daß etwa der BHE irgendeinen Bundestagsabgeordneten bekommt. Aber er wird immerhin eine Anzahl von hunderttausend Stimmen bekommen, und er kann im großen und ganzen zur sozialdemokratischen Seite oder zu uns gehen.¹⁹ Deswegen müssen wir die ganzen Dinge im Zusammenhang betrachten.

Damit lassen Sie mich übergehen zur innenpolitischen Situation. Ich möchte eigentlich damit beginnen, was ich auch in der Fraktion gesagt habe. Ich bin sehr erschrocken über die Teste zum Ausgang der nächsten Bundestagswahl. Sie wissen, daß wir danach 53 % der Stimmen bekommen sollen.²⁰ Zwei Jahre vor der Wahl ist eine solche Zahl natürlich sehr verführerisch zum Nichtstun. Und wenn man glaubt, den Sieg schon in der Tasche zu haben und man brauche sich nicht sehr anzustrengen, dann wird man bei der nächsten Bundestagswahl eine unangenehme Enttäuschung erleben. Die Sozialdemokratie hat dreimal, 1949, 1953 und 1957, die Wahl verloren. Eine vierte Niederlage – das ist keine Prophezeiung, die man so dahinsagt, sondern das

19 Die GDP (GB/BHE-DP) erreichte bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 nur 2,8 % der Stimmen und damit kein Bundestagsmandat. Vgl. FISCHER I S. 15 und 17.

20 Laut EMNID hätte die CDU im August 1959 im Falle einer Bundestagswahl mit 53 % der Stimmen rechnen können (EMNID-Informationen Nr. 40, Oktober 1959, S. 2). Vgl. auch Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. S. 423.

ist eben menschlich begründet – würde für die Sozialdemokratie und für die jungen Leute, die nun zur Wahl gehen, vernichtend sein. Daher wird die Sozialdemokratie alles tun, was sie kann, um bei der nächsten Wahl entweder zu gewinnen oder zusammen mit der FDP soviel zu erreichen, damit uns eine Regierungsbildung, eine Mehrheitsbildung, außerordentlich schwerfallen wird.

Ich halte daher die Wahl im Jahre 1961 für ungemein wichtig, um das, was wir außenpolitisch und wirtschaftlich seit dem Jahre 1949 erreicht haben, wirklich zu festigen und zu stabilisieren. Ich bin der Auffassung, daß die Bundestagswahl 1961 auch im Kalkül Chruschtschows eine große Rolle spielt. Er hat, vom Kreml aus gesehen, wieder drei Wahlen vor sich, und zwar einmal am 8. Oktober die Wahl in Großbritannien.²¹ Wenn es der Labour Party gelänge, die Mehrheit zu bekommen, wäre das für die russische Politik gegenüber Europa ein großer Vorteil. Dann kommt die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1960.²² Ich glaube nun, durch diese Wahl, mag sie ausfallen, wie sie will, wird an dem Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kaum etwas geändert; denn die beiden Parteien in Amerika, sowohl die Republikaner wie die Demokraten, haben, als ich Ende Mai zur Beisetzung von Dulles in Washington war²³, durch ihre Führer gesagt, daß sie in der auswärtigen Politik völlig miteinander übereinstimmen. Ich habe mir innerlich gesagt, wenn wir das doch auch einmal in unserem lieben Deutschland sagen könnten. Aber das wird auch der Jüngste, der hier am Tische sitzt, wohl kaum erleben.

Aber in dem Kalkül Chruschtschows wird sicher eine ganz große Rolle spielen die Wahl in der Bundesrepublik im Jahre 1961, mit Recht, wenn er sich die Ideen der Sozialdemokraten vor Augen hält; Ideen, die, wenn sie verwirklicht würden – wie man wohl sicher sagen kann –, sehr schnell das ganze Deutschland auf irgendeine Weise in die kommunistische Atmosphäre hineinbrächten, um mich sehr vorsichtig auszudrücken. Wir dürfen uns auch nicht dadurch beruhigen, daß wir sagen, wir haben doch soviel für das deutsche Volk erreicht, wir haben nun diese Stellung in der Welt. Sie wissen, daß ich in den Klub der Freunde Eisenhowers aufgenommen bin, ausdrücklich durch ihn. Sie wissen, daß wir soundso viel Kühlschränke haben. Sie wissen alles, was wir gebaut haben. Aber der deutsche Wähler – wahrscheinlich wird das anderswo auch der Fall sein – gibt seine Stimme in erster Linie für den ab, von dem er glaubt, in der kommenden Wahlperiode noch etwas zu bekommen. Er gibt sie nicht ab für das, was er schon hat, sondern er wählt in der Hoffnung, noch mehr zu bekommen. Ich spreche über die Wahl so ausführlich, weil sie auch

21 Die Wahl zum Unterhaus vom 9. Oktober 1959 hatte bei einer Wahlbeteiligung von 78,7 % folgendes Ergebnis: Konservative 49,4 % (366 Sitze), Labour 43,8 % (258) und Liberale 5,9 % (6). Vgl. AdG 1959 S. 7990.

22 Am 8. November 1960. John F. Kennedy (49,7 %) siegte knapp über Richard M. Nixon (49,6 %). Vgl. AdG 1960 S. 8822.

23 John Foster Dulles war am 24. Mai 1959 im Alter von 71 Jahren verstorben (AdG 1959 S. 7748).

auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Wir sollten uns also nicht darauf verlassen, daß wir große Erfolge gehabt haben und daß das deutsche Volk uns deswegen in seiner Mehrheit dankbar sei.

Die Sozialdemokraten haben jetzt den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm gemacht.²⁴ Sie werden vielleicht gelesen haben den Artikel von Dombrowski²⁵ in der „Frankfurter Allgemeinen“ von heute.²⁶ Dombrowski ist ein gemäßigter Mann; ich glaube, er gehört sogar zur CDU. Aber wenn Sie den Artikel lesen, dann finden Sie, daß er sagt, daß zwar sehr viel Tünche dabei ist und daß vermeintliche Wahrheiten der Sozialisten in anderer Form wiederkehrten, aber er halte es für möglich, daß man zu der Überzeugung kommen könnte, die Sozialdemokratie habe sich in ihrem Wesen geändert, so daß dadurch der Weg der Sozialdemokratie zu einer großen Volkspartei – die auch Leute in sich aufnehme, die nicht Sozialisten seien – geöffnet sei. Ich empfehle Ihnen dringend, diesen Artikel der heutigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen. Daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, und zwar von Dombrowski, diesen Artikel schreibt, ist für mich ein sehr erfreulicher Hinweis auf die Gefahren, die uns drohen.

Die FDP! Wenn die wüßte, was sie wollte, dann könnten wir uns vielleicht danach richten, aber die wissen ja nicht, was sie wollen. Ihnen wird nichts anderes übrigbleiben, als sich irgendwie den Sozialdemokraten anzuhängen. Zwischen der Deutschen Partei und uns haben Besprechungen stattgefunden. Es werden, wie ich von Herrn Cillien höre und wie von Herrn Hellwege bestätigt wurde, in der nächsten Zeit weitere Besprechungen stattfinden.²⁷ (*Gerstenmaier*: Ob sie wieder gut sind, die DP und die CDU?) Ich spreche von Herrn Hellwege und der DP. Natürlich muß einmal angefangen werden. Wie weit sich der Anfang bis zum Ende durchführen läßt, weiß ich natürlich nicht. (*Gerstenmaier*: Diese Partei stellt in allen Ländern Kandidaten auf, auch in Baden-Württemberg für die Landtagswahl!) Ich bitte Sie, jetzt nicht auf alle Einzelheiten einzugehen. (*Gerstenmaier*: Es geht um mein Vaterland, um Baden-Württemberg!)

Meine Damen und Herren! Es liegt allerhand Zündstoff vor, trotz unserer Erfolge. Da ist zunächst die Frage: Industriegebiet. Man sollte nicht sagen: Kohle und Öl. Es handelt sich um viel mehr. Wir haben heute in diesem Raum eine sehr lange Besprechung gehabt. Einige Herren von hier waren dabei. Herr Krone wird mir

24 Vorstand der SPD (Hrsg.): Entwurf für ein Grundsatzprogramm, dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 vorgelegt vom Vorstand der SPD, Druck Bonn 9/1959; vgl. auch „Vorwärts“ vom 11. September 1959.

25 Dr. Erich Dombrowski (1882–1972), Journalist; 1948–1962 Mitherausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

26 „Eine entscheidende Wandlung?“, in: FAZ vom 16. September 1959.

27 Besprechung Adenauers mit Hellwege, Cillien und den Bundestagsabgeordneten Ludwig Schneider (Lollar; 1959 DP, ab 1961 CDU) und Herbert Schneider (Bremerhaven/Königswinter; 1959 DP, ab 1961 CDU) am 21. Oktober 1959 (TERMINKALENDER); vgl. auch Hellwege an Adenauer, 5. November 1959, in ACDP VII-002-006/1.

bestätigen, daß es ziemlich durcheinander ging zuerst. (*Krone*: Nachher nicht mehr!) Nachher nicht mehr, aber damit ist das ganze Problem noch nicht gelöst. Neulich sagte mir ein Mann, auf dessen Urteil ich sehr viel gebe – ich rief von Cadenabbia bei ihm an –, die Sozialdemokraten hielten sich sehr zurück. Daraufhin habe ich ihm geantwortet, wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich genau dasselbe tun; denn das Feuerwerk – von sozialdemokratischer Seite aus betrachtet – darf nicht schon jetzt abbrennen, sondern das muß brennen im nächsten Jahr. Und unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß in den nächsten zwölf Monaten diese ganze Sache aufhört. Ich möchte dabei einige Worte sprechen, weil ich sie von außerordentlich großer Bedeutung halte. Dies ist auch eine sehr große psychologische Angelegenheit.

Sie müssen an folgendes denken. Nach dem deutschen Zusammenbruch haben wir alle gesagt: Kohle! Kohle! Kohle! Die Bergwerke müssen instandgesetzt werden. Wir haben die Leute von Gott weiß woher geholt, damit sie in die Zechen gingen. Wir haben alles mögliche getan. Wir haben an die Leute appelliert. Wir haben ihnen Häuser gebaut. Wir haben gesagt, sie müssen die Spitzenlöhne behalten usw. Und jetzt plötzlich soll das alles falsch gewesen sein? So sagen doch die Leute: Auf einmal sind wir nicht mehr absolut notwendig für Deutschland und für die deutsche Wirtschaft. Was soll man da schließlich noch machen? Daher betrachte ich diese ganze Angelegenheit als so eminent wichtig wie kaum eine andere innenpolitische Frage. Ich wüßte keine andere innenpolitische Angelegenheit in Deutschland, die so wichtig ist wie diese Frage. Wir müssen uns also mit aller Energie dieser Frage widmen. Wir haben heute im Kabinett beschlossen, eine Gesetzesvorlage dem Bundestag vorzulegen wegen Einführung einer Heizölsteuer in Höhe von DM 30,- pro Tonne.²⁸ (*Zuruf*: Das ist zu wenig!) Das Aufkommen soll benutzt werden, um den Bergbau zu rationalisieren und um soziale Härten, die dort entstanden sind und noch weiter entstehen werden, auszugleichen.

Wir haben nur die Kohle als Energieträger. Das bißchen Öl, das wir im eigenen Lande fördern, fällt kaum ins Gewicht. Dagegen müssen wir den Energieträger Kohle behalten und pflegen. Ich möchte namentlich für die Damen und Herren, die nicht das Industriegebiet so kennen, sagen, daß man den Tiefbau nicht einfach stilllegen und nach einigen Jahren wieder dort anfangen kann; denn dann ist der Schacht verloren, er ist versoffen. Das kann man also einfach nicht. Beim Tagebau kann man so etwas; beim Tiefbau kann man so etwas nicht. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um eine nationale Frage allerersten Ranges. Ob wir gewillt und entschlossen sind, dafür einzutreten, daß die deutsche Kohle – nicht alle Zechen, es gibt Zechen, die nicht rentabel gemacht werden können, die müssen stillgelegt werden – als der maßgebende Energieträger bei uns lebensfähig bleibt, oder ob wir uns einfach dem Öl, das von draußen kommt, preisgeben wollen – das genauso gut eines Tages ausbleiben oder Preissteigerungen vornehmen kann, weil die großen Firmen alle kartellisiert sind –,

²⁸ Vgl. BULLETIN vom 17. September 1959, S. 1713f.

das ist eine nationale Frage allerersten Ranges, die auf die Wahl im Jahre 1961 sicher einwirken wird.

Auf die Wahl im Jahre 1961 wird nach meiner Meinung auch sehr einwirken die Kriegsopferversorgung. Die Sozialdemokratie macht es sehr geschickt. An ihr sozialistisches Programm glaubt kein Mensch, auch unter den Sozialdemokraten nicht. Nun kann man aber wohl eine große Unruhe hervorrufen. Seit Jahrzehnten war es so: Wenn eine Unruhe in Deutschland kam, dann ging sie vom Industriegebiet aus. Die Frage der Kriegsopferversorgung wird unangenehm und böse werden. So gibt es noch mehr Fragen, die der Sozialdemokratie als der Oppositionspartei um jeden Preis einen ausgezeichneten Agitationsstoff gegen uns geben.

Ein Drittes kommt hinzu, und das ist die Arbeitsüberlastung des Bundestages. Der Bundestag ist überlastet mit Arbeit. Es gibt einige Ausschüsse, die einfach unter der Arbeit erstickten. Und dazu gehört insbesondere der Rechtsausschuß; denn auch Gesetze, die nicht unmittelbar juristischen Stoff bearbeiten und behandeln, müssen vom Rechtsausschuß beraten und durchgegangen werden, um festzustellen, ob nichts darin steht, was mit unserer Rechtsordnung nicht zu vereinbaren ist. Es freut mich sehr, daß der Vorsitzende unserer Fraktion, Herr Dr. Krone, die Sache in die Hand genommen hat. Es werden in den nächsten Tagen darüber Besprechungen stattfinden, in denen maßgebenden Bundestagsabgeordneten klargemacht wird, wie überhaupt die gesetzgeberische Situation im Bundestag ist.

Wir müssen damit rechnen, daß im letzten Jahr vor der Wahl nicht mehr viel gemacht werden kann, daß aber die Opposition dann namentlich alles tun wird, damit nicht mehr viel gemacht wird. Bis dahin müssen wir aber, die wir doch die Mehrheit im Bundestag haben, dem deutschen Wähler bewiesen haben, daß wir nicht nur verstanden haben, die Mehrheit zu erobern, sondern daß wir auch verstanden haben, von dieser Mehrheit einen guten Gebrauch zu machen, und daß wir in diesen Jahren etwas geleistet haben. Ich wiederhole, das erfordert sehr viel Arbeit. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir über ein Programm für die nächste Bundestagswahl jetzt noch nicht viel sprechen. Das hat noch Zeit. Ich bin der Auffassung, daß wir mit dem Wahlkampf nicht schon zwei Jahre vorher beginnen sollen, sondern daß wir einen kräftigen und zielbewußten Wahlkampf führen, und zwar je nach Lage der Dinge im letzten halben oder im letzten dreiviertel Jahr. Auch darin liegt eine nicht unerhebliche Gefahr.

LAGE DER PARTEI

Weil sich das so gut anschließt, lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was an sich in dieses große Programm gehört, das wir ausgearbeitet haben. Es ist die Frage: Haben wir überhaupt eine Bundespartei? Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei. Ich weiß, daß ich hier auf Widerspruch stoßen werde. Ich bin auch in

der Fraktion – allerdings nur bei einem Teil – auf Widerspruch gestoßen, als ich das gesagt habe. Aber ich möchte versuchen, Ihnen das doch klarzulegen.

Unsere Fraktion hat im Bundestag – ich rechne die Berliner Damen und Herren nicht mit – 271 Mitglieder, die SPD hat 169, die FDP 52 und die DP 15. Wenn Sie nun betrachten, wie es in den Ländern aussieht, dann finden Sie folgendes: Die CDU hat sechs Ministerpräsidenten, die Sozialdemokratie hat fünf Ministerpräsidenten.²⁹ Der Anteil der SPD in den Länderkabinetten überwiegt in folgenden Ressorts: Inneres, Arbeit und Wiederaufbau; also in ganz wichtigen Ressorts, die auf die große Masse der Bevölkerung wirken. Diese große Mehrheit, die wir im Bundestag haben, hat es in vielen Fällen außerordentlich schwer durchzukommen, weil der Bundesrat, wenn er mit Zweidrittelmehrheit gegen ein Gesetz Einspruch einlegt, damit durchkommt. Und die Beschlüsse unserer Fraktion über Gesetzesvorlagen sind null und nichtig. Wir haben damit sehr trübe Erfahrungen gemacht. Obwohl wir eine große Mehrheit im Bundestag haben, werden wir durch die Politik in den Ländern via Bundesrat – aber nicht nur via Bundesrat, sondern auch durch andere Sachen, die von den Ländern ausgehen – sehr schwer gehandikapt, weil die Länder ja die Gesetze auszuführen haben und weil es sehr wesentlich darauf ankommt, wie ein Gesetz ausgeführt wird. Es kommt nicht nur darauf an, daß ein Gesetz gut gemacht wird, sondern auch darauf, wie es in den Ländern ausgeführt wird.

Wir haben neulich den großen Klamauk gehabt wegen des 22er Jahrganges.³⁰ Das ist zum Teil dadurch gekommen, daß von den Ländern Gestellungsbefehle an die 22er ergangen sind, die geradezu blödsinnig waren und die eine große Mißstimmung hervorgerufen haben.

Nun gehe ich aber noch weiter, und zwar gehe ich zu den Kommunen. Hier haben Sie bei der Parteizugehörigkeit folgendes Bild: Von 131 Städten – das sind die Großstädte – haben 75 einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Die CDU stellt in 26 Städten den Oberbürgermeister, die FDP in 7, andere Gruppen in 2. Parteilos sind 21. Aber betrachten Sie bitte die beiden Zahlen: 75 SPD- und 26 CDU-Oberbürgermeister. Und in Nordrhein-Westfalen, wo alle die Großstädte sind, wird die Sache besonders betrüblich. Dort gibt es 31 sozialdemokratische Oberbürgermeister und sage und schreibe ... (*Zuruf*: Auch in Köln!) Was heißt das? Selbstverständlich

29 Die Ministerpräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeister 1959: Baden-Württemberg: Kurt Georg Kiesinger (CDU); Bayern: Hanns Seidel (CSU); Berlin: Willy Brandt (SPD); Bremen: Wilhelm Kaisen (SPD); Hamburg: Max Brauer (SPD); Hessen: Georg August Zinn (SPD); Niedersachsen: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD); Nordrhein-Westfalen: Franz Meyers (CDU); Rheinland-Pfalz: Peter Altmeier (CDU); Saarland: Franz Josef Röder (CDU); Schleswig-Holstein: Kai-Uwe von Hassel (CDU).

30 Zum erstenmal seit Bestehen der Bundeswehr sollten auch Angehörige eines Kriegsteilnehmerjahrganges (Jahrgang 1922) als Wehrpflichtige angesprochen, d.h. erfaßt, aber nicht gemustert oder einberufen werden. Vgl. dazu BULLETIN vom 25. August 1959 (Weder Musterung noch Einberufung. Zur Erfassung der Angehörigen des Geburtsjahrganges 1922). S. 1554f.; FAZ vom 31. August und 2. September 1959.

ist Köln darunter. (*Albers*: Das wollen wir ja ändern!) Sie sagen: Wir wollen es ändern. Warten wir ab! Sie wollten schon lange ändern! Aber Sie wissen gar nicht, worauf ich hinaus will. In Nordrhein-Westfalen gibt es 31 sozialdemokratische und 7 CDU-Oberbürgermeister. Als ich neulich von einem führenden CDU-Mann hörte, die Kommunen überlassen wir der Sozialdemokratie, da habe ich die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen über eine solche Anschauung: Die Kommunen überlassen wir der Sozialdemokratie.

Weswegen sage ich Ihnen das alles? Sehen Sie mal, im Bundestag haben wir diesen großen Erfolg bei den Wahlen gehabt, dreimal hatten wir diesen Erfolg. In den Ländern nicht, und in den Kommunen gar nicht! Und wenn ich mir nun unsere Abgeordneten betrachte, nach denen die Bundespartei eigentlich kaum noch etwas zu sagen oder zu tun hat, dann muß ich sagen: Wir bleiben nicht am Leben, wenn wir nicht an diese Frage wirklich herangehen. In den Landtagswahlen – ich denke z.B. an die Wahl in Nordrhein-Westfalen, Herr Albers – haben wir nur gesiegt aufgrund der Bundespolitik. Und so ist es fast überall. Tatsächlich ist die Bundespartei fast machtlos. Und nach den Vorschlägen, die gemacht werden sollen, sind noch mehr entmachtet worden. (*Gerstenmaier*: Das geht Herrn von Hassel an!) Es tut mir sehr leid, aber es ist hart und klar, und das hört keiner gern; aber man muß doch sagen, was ist. Und nun kommt ein ganz Wesentliches hinzu, und da bitte ich Sie, mir gut zuzuhören und das in Ruhe zu überlegen: Wie wird denn heutzutage jemand Bundestagsabgeordneter? Wollen Sie sich diese Frage mal überlegen. Glauben Sie, daß die Herrschaften auf die Liste gesetzt werden, weil die Bundestagsfraktion solche Leute braucht? (*Lebhafte Unruhe*.) Meine Herren! Nehmen Sie die Sache bitte ernst, sehr ernst! Ich sehe doch, wie es da aussieht. Herr Krone wird mir, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung, weil er der Vorsitzende der Fraktion ist, das bestätigen. Es sind 272 Mitglieder ... (*Gerstenmaier*: 279!) ohne die Berliner! Mit Berlin sind es 279, ich glaube sogar 280. Wie ist es denn? Wo sind die Fachleute für die schwierigen Aufgaben, die hier zu lösen sind? (*Gerstenmaier*: Die gibt es nicht!) Glauben Sie, daß dann, wenn der Vorsitzende der Fraktion an ein Land schreibt, ich habe solche Leute der und der Art nötig, damit die Fraktion wirklich arbeitsfähig ist und etwas leisten kann, solche Leute auf die Liste kommen? Ich glaube es nicht, meine Damen und Herren! (*Unruhe*.) Seien Sie gegenüber dieser Sache nicht sofort ablehnend. Ich sage ja gar nicht, Sie sollen heute schon beschließen, aber ich sage, wie es ist, um Ihnen Ihre Verantwortung klarzumachen, meine Freunde.

Wir können doch unmöglich im Bundestag auf die Dauer eine gute Arbeit leisten, wenn sich dafür nicht die nötigen Leute, die etwas davon verstehen und die auch fleißig sind, über die Länder zur Verfügung stellen. Ich hoffe, daß Herr Krone gleich einige Worte dazu sagen wird. Es ist dies ein sehr ernstes Kapitel. Das Schwergewicht der Partei beruht – soweit man von einem Schwergewicht sprechen kann – in den Landesparteien, in den Kommunen schon nicht mehr, im Bund auch nicht mehr. Und das halte ich für total falsch. Da sind wir hinter der Sozialdemokratie natürlich weit, weit zurück. Diese Dinge müssen einmal ausgesprochen werden. Darüber müssen wir

uns einmal unterhalten. Wir werden weder in den Ländern noch in den Kommunen etwas erreichen, wenn es nicht ermöglicht wird, daß wir Kandidaten bekommen, die wirklich in der Lage sind, dort eine gute Arbeit zu leisten.

Das ist dasjenige, was mich am meisten bei diesen ganzen Fragen bewegt. Ich bin übrigens gestern vor zehn Jahren – Sie können mir Glück wünschen – Bundeskanzler geworden. (*Gerstenmaier*: Die Opposition mußte Sie daran erinnern, der Herr Kaisen.) Nein, der Herr Kaisen kam später für den Bundesrat, um mir Glückwünsche auszusprechen. Ich habe Herrn Kaisen gesagt: Sie irren sich, es ist einige Tage später. Im übrigen haben mir auch Eisenhower, Herter³¹ und Norstad Telegramme geschickt. In den zehn Jahren habe ich viel Erfahrungen gesammelt und vieles gesehen. Ich will niemandem zu nahe treten, aber aus dem ersten Bundestag könnte ich Ihnen Leute nennen, die nach vier Jahren ausgeschieden sind. Dann haben sie sich verkrümelt; sie hatten die Sache satt. Und nun muß unsere Bundestagsfraktion auch noch eine Reihe von guten Kräften für die europäischen Institutionen abgeben. Das wird also zu dem Ganzen noch hinzukommen. Das werden Sie in steigendem Maße tun müssen, damit auch der deutsche Einfluß in den europäischen Institutionen gewahrt bleibt.

Deswegen habe ich mich für verpflichtet gefühlt, wenn wir einmal herangehen an eine Geschäftsordnung und an ein neues Statut, darüber zu sprechen. Wollen Sie nun die Sache so lassen wie bisher, oder wollen Sie irgendwie vom Bund her auch einmal die Sache betrachten? Nach meiner Meinung wird unsere Partei nur dann ein langes Leben haben – und das muß sie haben, sonst werden wir eines Tages doch Kommunisten werden –, wenn man sie ansieht vom Bund aus; sonst wird sie es nicht.

Eine andere Frage ist die der Finanzierung. Wir haben das ja immer wieder durchgemacht. Auch die Landesparteien finden den Weg zu uns, wenn sie Geld haben wollen. Und wir müssen weite Wege gehen, um Geld zu beschaffen. Das ist nicht angenehm, wie es jetzt ist, obgleich ich ausdrücklich erklären möchte, daß uns bisher von der Wirtschaft keine unkeuschen Zumutungen irgendwelcher Art gemacht worden sind für die Hergabe von Geld. Aber das eine ist sicher: Glauben Sie mir, wenn wir einmal im Bundestag nicht in der Regierung mehr sind, dann kriegen wir keinen Groschen mehr. Und dann ist Schluß mit unserer ganzen Partei. Dann werden wir auseinanderfallen durch die Gegensätze, die wir innerlich haben, die bei einer so großen Partei naturgegeben sind.

Das alles sind Dinge, die mich trotz der 53 % des EMNID-Institutes mit großer Sorge in die Zukunft blicken lassen. Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie auch bitten – nicht heute –, über diese Dinge einmal nachzudenken, damit wir uns noch einmal eingehend darüber unterhalten können. Es ist uns auch nicht gelungen, eine

31 Christian Archibald Herter (1895–1966), 1943–1953 Mitglied des amerikanischen Repäsentantenhauses (Republikaner), 1953–1957 Gouverneur von Massachusetts, 1959–1961 amerikanischer Außenminister.

Zeitung auf die Beine zu stellen. (*Gerstenmaier*: Die „Deutsche Zeitung“!³²) Die haben wir nicht auf die Beine gestellt. (*Gerstenmaier*: Der Herr Schröder!) Das ist auch nicht wahr! Ich weiß, wer sie auf die Beine gestellt hat. Es ist trotz aller Mühe, die ich mir gemacht habe – Herr Pferdmenes ist Zeuge davon –, nicht gelungen, eine eigene Zeitung auf die Beine zu stellen. Ich meine eine Zeitung, die unsere Ansicht in der großen Öffentlichkeit vertritt. Wir haben zwar eine Reihe von kleineren und mittleren Blättern, aber wir haben kein Blatt, das unsere Politik und unsere Ansichten vertritt, daß man also im Ausland sagen kann, das ist die Meinung der CDU/CSU. Das haben wir doch einfach nicht! Das haben wir nicht fertiggekriegt. Wir sind nun einmal eine Wählerpartei, aber keine Mitgliederpartei. Hierbei komme ich zu dem Kapitel: Wie werde ich Mitglied der CDU? Mitglied der CDU kann ich nur durch eine Kreispartei werden, sonst nicht! (*Gerstenmaier*: Durch eine Ortspartei! – *Unruhe*.) Hier in der Geschäftsordnung steht: Kreispartei! (*Anhaltende Unruhe und Zuruf*: Ausnahmen sind zulässig!) Aber es gibt genug Kreisparteien und Ortsparteien, bei denen man sich nicht gerade mit brennender Liebe meldet, um Mitglied der CDU zu werden. Wenn wir aber Mitglieder der Bundespartei hätten, dann garantiere ich Ihnen, sähe die Sache ganz anders aus. Bei einer Aufnahme sind die persönlichen Eindrücke doch sehr maßgebend. Ich wohne, wie Sie wissen, in einem Ort, der 12.000 bis 14.000 Einwohner hat, in Honnef-Rhöndorf, und weiß etwas von der Sache. Ich weiß auch, wie es parteipolitisch da zugeht, und ich weiß auch, was Geschäft und Partei zu bedeuten haben und daß es gar nicht verlockend ist, da nun zur CDU zu gehen. Und so, wie es da ist, so ist es noch in vielen anderen Orten. Das bitte ich doch auch einmal zu berücksichtigen.

Ich möchte Ihnen sagen, wir haben viel Glück gehabt in den vergangenen Jahren. Wir haben von Anfang an eine gute Politik eingeschlagen, und Gott sei Dank hat die Sozialdemokratie – das ist mindestens so wichtig – eine sehr dumme Politik gemacht. Aber ich sehe nicht beruhigt in die Zukunft, wenn wir nicht gewisse Dinge bei uns anders gestalten. Ich kann Ihnen jetzt keinen Vorschlag machen. Ich möchte aber eine Diskussion über diese ganzen Fragen doch einmal anregen, um zu sehen, ob sich aus einer solchen Diskussion irgend etwas ergibt, was man vorschlagen und machen kann. Ich habe mit Herrn Kraske darüber gesprochen: Was bedeutet die Bundesgeschäftsstelle? Es ist doch verheerend, Herr Kraske! Das ist doch Tatsache! Das können wir doch ruhig zugestehen. Die Bundesgeschäftsstelle ist machtlos, tatsächlich machtlos! In den Zeiten vor der Wahl, in denen Geld gebraucht wird, haben wir ein bißchen Einfluß, aber sonst nichts! Und so steht das ganze große Gebäude – machen Sie sich das bitte klar –, das wir aufgerichtet haben aus diesem Chaos Deutschland, auf solch tönernen Füßen wie nur denkbar, wenn es uns nicht gelingt, unsere Partei so fest zu machen, wie irgendeine Partei fest gemacht werden kann.

32 „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“, am 10. November 1948 in Stuttgart gegründete protestantisch-konservativ ausgerichtete Wochenzeitung. – Schröder nicht zu ermitteln.

Damit möchte ich schließen. Das bezieht sich nicht auf die Arbeit, die Herr von Hassel geleistet hat, sondern das geht viel tiefer als das. Die Herren nehmen mir bitte nicht übel, wenn ich diese Frage, die ich angeschnitten habe, für die wichtigste halte, viel wichtiger als rein formale Fragen. Nun möchte ich Ihnen vorschlagen, wenn Sie Fragen haben, diese an mich zu stellen. Andernfalls bitte ich Herrn Krone, einige Ausführungen über das Thema „Bundespartei“ zu machen, und zwar meine ich jetzt über das Prinzip, wie es bei uns ist. (*Gerstenmaier*: Zur Geschäftsordnung!) Bitte schön!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich frage hier zur Geschäftsordnung, worauf soll sich in der beschränkten Zeit unsere Besprechung heute nachmittag konzentrieren? Wir haben einen Bericht des Herrn Bundeskanzlers zur außenpolitischen und innenpolitischen Lage gehört. Sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik gibt es Fragen genug zur Information und zur Meinungsklä rung innerhalb der Partei. Ich nehme an, daß einige innenpolitische Konkreta in unserer Partei ein zwiespältiges Echo hervorrufen werden, Konkreta, mit denen wir uns in der nächsten Zeit befassen müssen. Die Außenpolitik ist auch nicht ganz so harmonisch. Aber worauf soll es heute nachmittag hinaus? Wir werden um 7 Uhr hier schließen, nehme ich an. (*Zuruf*: Um 6 Uhr!) Das hat keinen Zweck. Wenn ein so großes Gremium zusammentritt, dann müssen wir auch die Zeit ausnutzen. Die Sache ist schwierig genug, die wir vor uns haben. Ich habe den Eindruck, daß an diesem Tisch eigentlich das bemerkenswerteste – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler – für die interne Parteidiskussion das ist, was Sie zur eigentlichen Parteisituation gesagt haben.

Ich möchte mir deshalb den Vorschlag erlauben, und das ist der Sinn meines Antrages zur Geschäftsordnung, jetzt weder über die Chancen bei der Heizölsteuer noch über sonst etwas zu diskutieren, das hat keinen Zweck, sondern jetzt den Versuch zu machen, auch schon wegen einer Klarstellung der Diskussion innerhalb der Partei, eine Klärung in dieser Sache herbeizuführen. Wir haben bis jetzt vier, sechs Wochen lang Notizen gelesen über Besprechungen in Berlin und in der Bundesgeschäftsstelle. Wir sollten versuchen, uns hier an diesem Tisch einen Vers daraus zu machen; denn wir müssen möglichst mit einer Sprachregelung und einer Vorklärung in den Parteiausschuß, der demnächst stattfindet, gehen. Ich nehme an, daß im Parteiausschuß diese Frage am meisten diskutiert wird. Ich glaube nicht, daß der Parteiausschuß politische Konkreta, außenpolitische und innenpolitische, zu sehr in den Vordergrund stellen wird. Deshalb würde ich dafür plädieren, daß wir uns heute auf diese Parteifragen konzentrieren und den Versuch machen, alles das, was der Herr Bundeskanzler zur Parteistruktur gesagt hat, irgendwie in eine Übereinstimmung zu bringen mit dem, was die Landesvorsitzenden in ihrem Gremium sich bemüht haben zu tun.³³ Ich würde meinen, wir müßten eine Zeit von zwei Stunden an diese Fragen hängen.

33 Protokolle der Landesvorsitzenden-Konferenzen 1959 in ACDP VII-004-034/1.

Adenauer: Ich möchte mir erlauben, einen anderen Vorschlag zu machen. Diese verschiedenen Vorschläge der Landesvorsitzenden können – wenn Herr von Hassel sie erläutert hat – nach meiner Meinung ruhig heute erledigt werden. Sie können aber auch Fragen stellen über die Außenpolitik und über die Innenpolitik. Ich halte es für nötig, daß das gemacht wird. Ich halte es aber für unmöglich, daß die Fragen, die ich angeschnitten habe zur inneren Parteistruktur, heute schon zu Ende diskutiert werden. Das hat damit nichts zu tun. Das ist eine Frage, die muß in aller Ruhe überlegt werden. Jeder muß sich diese Frage einmal überlegen, und man soll jetzt nicht abrupt so oder so entscheiden.

Gerstenmaier: Ich meine, wir sollten versuchen, eine Synchronisation zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was die Landesvorsitzenden in ihren verschiedenen Erklärungen gemeint haben, herbeizuführen. Ich frage, ob das heute möglich ist. Denn das ist wichtig für den Parteiausschuß.

Adenauer: Was die Landesvorsitzenden sagen, ist ganz gut, und das muß auch gemacht werden. Aber diese tief in die Parteistruktur hineingehenden Fragen können wir heute nicht erledigen, die müssen unabhängig davon behandelt und besprochen werden. Denken Sie allein an die eine Frage der Einwirkung der Bundespartei auf die Aufstellung der Bundestagsabgeordneten. Wir werden es ins Wahlgesetz bringen, in den Entwurf.³⁴ (*Gerstenmaier:* Das begrüße ich zwar sehr, aber wir sind damit schon einmal durchgefallen!) Wenn man etwas vergeblich getan hat, dann macht man es halt zum zweiten oder zum dritten Male. Wenn man das alles sieht, ist man doch verpflichtet ... (*Gerstenmaier:* Ich bin ja völlig Ihrer Meinung!) Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen zur heutigen Diskussion: Die Fragen, die hier aus der Besprechung der Landesvorsitzenden anstehen, können heute ruhig erledigt werden, aber ich hätte den dringenden Wunsch – nachdem ich in allem Freimut zu Ihnen über Dinge gesprochen habe, die nach meiner Meinung für die Lebensdauer unserer Partei entscheidend sind –, daß Herr Krone aus seiner Erfahrung heraus einmal sagt, in dem und dem stimme ich mit Ihnen überein, aber in dem und dem bin ich anderer Meinung, und daß wir dann die Diskussion über dieses Kapitel zunächst abschließen. Das muß man sich dann zu Hause überlegen. Wir haben es uns schon eine lange Zeit nicht mehr überlegt. Dann würde ich vorschlagen, Fragen zur Außenpolitik und zur Innenpolitik zu stellen, damit wir den Punkt 2 erledigen. Sollen wir es nicht so versuchen?

Blumenfeld: Darf ich darum bitten, daß wir dem Vorschlag von Herrn Gerstenmaier weitgehend folgen, Herr Bundeskanzler, weil die rein dünnen und nackten Tatsachen – die in dem Vorschlag, den Sie gelesen haben, enthalten sind – das

34 Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 wurde in der dritten Legislaturperiode nicht geändert. Vgl. dazu auch Adenauer am 27. April 1960 in: CDU, 9. Bundesparteitag S. 29f. Vgl. auch „Die Welt“ vom 10. Mai 1960: „Bundesliste auch in der CDU umstritten. Christlich-Soziale: Zahl der Bundestagsabgeordneten darf nicht noch einmal erhöht werden“.

Ergebnis sehr eingehender Aussprachen zwischen dem geschäftsführenden Vorstand und allen Landesvorsitzenden sind. Gerade das Thema, das Sie, Herr Bundeskanzler, angeschnitten haben – und wozu Sie Herrn Krone noch das Wort geben wollen –, nämlich die Zielsetzung, die Spitze unserer Bundespartei unbedingt zu stärken, ist eingehend besprochen worden. Wir Landesvorsitzenden haben uns zusammengefunden, und zwar freiwillig, seit über einem Jahr, in dem Bemühen, nicht die Landesverbände, sondern die Bundespartei zu stärken.

Damit kommen wir nun auf dieses Thema. Wenn Herr von Hassel das jetzt vortragen könnte, würden wir anschließend in die Diskussion einsteigen. Das wird eine sehr fruchtbare Diskussion.

Adenauer: Wollen Sie Herrn Krone nicht zehn Minuten lang vorher anhören? (*Blumenfeld:* Doch! Doch! Selbstverständlich!) Bitte, Herr Krone!

Krone: Das war von mir nicht vorgesehen, aber ich will der Bitte des Herrn Bundeskanzlers gerne nachkommen. Zunächst schlage ich vor, daß wir heute mindestens bis 7 Uhr hierbleiben und arbeiten. Wenn der Bundesparteivorstand mit seinen Mitgliedern aus dem Süden und dem Norden der Bundesrepublik hier zusammenkommt, dann muß er auch Zeit zum Arbeiten haben.

Herr Bundeskanzler! Ich unterstütze Ihre Auffassung vor allen Dingen in zwei Richtungen, d.h. von meinem Standpunkt aus. Die Fraktion hätte gern, daß sie etwas mehr von der Partei erführe, nämlich darüber, was die Partei will, was sie in entscheidenden Dingen will. Dazu rechne ich z.B. die Arbeit hier im Vorstand; es gehört weiter dazu, was sich die Partei in der Frage des Funks und Fernsehens hinsichtlich des zweiten Programmes für eine Vorstellung macht.³⁵ Ich kann mir denken, daß wir von der Fraktion sehr gern etwas vom Bundesvorstand erfahren, was er für Auffassungen hat. Ich kann mir weiter denken, daß das auch für eine Reihe anderer Fragen gilt, die uns auf den Nägeln brennen, z.B. die Kriegsopferversorgung³⁶. Wir möchten wissen, wie die Partei darüber denkt, ob man da den Weg des Arbeitsministers Blank gehen will, nämlich denen, die besonders schwer betroffen sind, etwas zu geben, und es nicht allgemein zu verteilen, wie es die Verbände wollen. Das ist eine Grundsatzfrage unserer sozialpolitischen Auffassung.

Es wäre auch sehr wichtig, wenn ein zuständiger Ausschuß hier das Ergebnis seiner Beratungen dem Bundesparteivorstand vorlegte, der es dann zur Beachtung an die Bundestagsfraktion weiterleitete. Ich habe also den Wunsch, daß unsere Ausschüsse – die leider nur auf dem Papier stehen und von denen nur ein einziger

35 Vgl. KÜPPERS; Hanns Jürgen KÜSTERS: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen. In: Karl-Günther von HASE (Hrsg.): Konrad Adenauer und die Presse. Bonn 1988 S. 13–31.

36 Vgl. Nr. 10 Anm. 98. – Das Kabinett hatte am 19. August 1959 beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten, die im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ausgleichsrenten für Schwerbeschädigte und Witwen ohne sonstiges Einkommen abgestellt war. Vgl. BULLETIN vom 22. August 1959, S. 1541.

arbeitet – wieder mehr arbeiten als bisher.³⁷ Die Ausschüsse müßten ihre Arbeiten vom Bundesvorstand zugewiesen bekommen. Dann würden die Ausschüsse das Ergebnis ihrer Arbeit dem Bundesvorstand vorlegen. Der Bundesvorstand könnte dann darüber beschließen und seinen Vorschlag an die Bundestagsfraktion weiterleiten. Das heißt also, wir müssen die Parteiarbeit aktivieren auf einem ganz wesentlichen Gebiete. Das wäre eine Aktivierung von unten bis nach oben.

Mit einem Zweiten haben Sie auch recht, Herr Bundeskanzler. Ich will es so sagen. Es handelt sich um die Qualifikation von Abgeordneten für eine Reihe von wichtigen Fragen, die anstehen. Ein Beispiel! (*Gerstenmaier*: Das gibt ja doch nichts!) Das muß eben etwas geben! Ein Beispiel! Der Kollege Hellwig geht zur Hohen Behörde.³⁸ Ich bin gefragt worden, was sagt die Fraktion dazu. Ich habe gesagt, die Fraktion kann nur notgedrungen dem zustimmen; denn sie verliert eine Kraft, wie sie sie gleichwertig nicht hat. Das ganze Gebiet der Wirtschaftspolitik wird nur von einigen wenigen Leuten, die wirklich Fachleute sind, bearbeitet. Und wenn der Kollege Neuburger³⁹ und einige weitere Kollegen beim nächsten Bundestag ausscheiden, wenn wir nicht ein paar Herren bekommen, die etwas von der Steuer und von der Wirtschaft verstehen, dann versagt die Fraktion auf wesentlichen Gebieten. (*Zurufe*: Hör! Hör!) Aber solche Herren, die in der Außenpolitik kluge Reden halten können – wo man nicht viel zu wissen braucht –, die haben wir. (*Heiterkeit und Widerspruch. – Lebhaftige Unruhe. – Gerstenmaier*: Das ist unerhört! – *Zurufe*: Sie müssen ihn richtig verstehen! – *Anhaltende Unruhe.*) Aber Leute, die konkret ein Gesetz machen können, die haben wir nicht. Denken Sie an die Rechtsreform usw. (*Gurk*: Die Herren müssen qualifiziert werden! – *Gerstenmaier*: Dazu hat man nicht den Mut! – *Anhaltende Unruhe.*) Das gilt auch weithin für unsere Arbeitnehmervertreter. Wir haben hier noch ein paar Altveteranen wie Arndgen usw., aber von den jüngeren Kollegen, die geschult sind, die in der Gewerkschaft gekämpft haben usw., fehlt jede Spur. (*Anhaltende Unruhe.*) Wenn die Bundespartei es nicht fertigbringt, der Fraktion – wir wollen gern arbeiten – von den 279 Abgeordneten wenigstens 50 zu stellen – ich sage es nicht laut –, die bei wichtigen Arbeiten einspringen können ... (*Gerstenmaier*: Die kriegen Sie im ganzen Bundestag nicht zusammen!) Aber wollen wir nicht die Dinge endlich einmal anpacken? Wenn sich auf diesen beiden Gebieten der Bundesparteivorstand nicht vornimmt, in seinen Landesverbänden für Ordnung zu sorgen, dann wird es mit der Politik im nächsten Bundestag schlecht aussehen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist also die Blickrichtung, die ich von der Fraktion her zum Kapitel „Parteireform und Parteiarbeit“ geben kann. Es läuft für mich darauf hinaus, daß wir unsere bestehenden

37 Gemeint ist der CDU-Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik. Unterlagen in ACDP VII-004.

38 Dr. Fritz Hellwig ging im August 1959 zur Hohen Behörde der Montanunion nach Luxemburg, 1967 zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, aus der er im Juni 1970 ausschied.

39 August Neuburger (geb. 1902), 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses). Vgl. PROTOKOLLE I S. 106 Anm. 25.

Instanzen in ihrer Arbeit aktivieren und daß wir dafür sorgen, daß gewisse Dinge in den Ländern durchgeführt werden. Das andere gehört auch dazu. (*Zuruf: Was?*) Das hier aber sind die wesentlichsten Punkte. (*Unruhe.*)

Adenauer: Hören Sie mich bitte einmal fünf Minuten lang an, und zwar bin ich sehr ernst mit dem, was ich jetzt sage, meine Freunde. Ich weiß nicht, ob Sie ausführlich über die Kämpfe in der Democrazia Cristiana gelesen haben, die gekommen sind seit dem Tode de Gasperis⁴⁰. Wissen Sie, welche Schwierigkeiten da drohen? Ich war jetzt da und habe mit den Herren gesprochen.⁴¹ Da ist mir vor Augen gekommen: Wie wird es einmal mit unserer Partei aussehen, wenn die Leute nicht mehr da sein werden, die von Anfang an dabeigewesen sind? Wir wissen gar nichts voneinander. Wir haben die Bundesparteiausschüsse. Herr Krone hat sie eben erwähnt. Ein einziger Ausschuß unter Herrn Etzel lebt noch. Die anderen leben überhaupt nicht mehr. Es tut keiner etwas, so daß keine Verbindung mehr besteht zwischen dem, was in der Bundespartei und dem, was in der Bundestagsfraktion und was im Land vor sich geht! (*Zurufe: Hört! Hört!*) Das gleiche gilt auch für das kulturelle Gebiet, das ureigenste Gebiet der Länder, wo doch gerade der christliche Gedanke geprägt und erhalten werden muß, der allein unser Fundament sein kann. Wir können auf diesem Gebiet im Bundestag gar nichts machen.

Wir haben, Gott sei Dank, die Wahlen bisher gewonnen, aber glauben Sie mir, wenn wir nicht grundlegend die ganze Sache ändern und eine ganz enge Verbindung herstellen zwischen der Bundespartei und den Landesparteien, und zwar eine gegenseitige, dann wird diese Partei kein langes Leben haben. Das ist meine feste Überzeugung.

Von Hassel: Der Leitfaden der Beratungen der Landesvorsitzenden war: Wie wird unsere Partei einmal aussehen? Wir haben uns bemüht, mit dem geschäftsführenden Vorstand den Auftrag zu erfüllen, den uns der Parteiausschuß auf dem Kieler Parteitag hinsichtlich der Formulierung einer Geschäftsordnung, einer Finanzordnung und einer Ehrengerichtsordnung gegeben hat.⁴² Alle Vorschläge sind sehr sorgfältig durchberaten, Herr Bundeskanzler, so daß im Grunde genommen nicht mehr viel über Formulierungen geredet zu werden braucht. Es genügt, wenn nachher der eine oder andere seine Gedanken zur Geschäftsordnung oder zur Finanzordnung vorträgt. Ich meine, wir brauchen nicht mehr viel darüber zu diskutieren. Es ist alles sehr sorgfältig durchberaten.

Neben diesem Auftrag des Parteiausschusses auf dem Kieler Parteitag hat die Konferenz der Landesvorsitzenden geglaubt, sich auch der Sorge annehmen zu

40 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1945–1953 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 67 Anm. 33.

41 Vermutlich bei einem privaten Besuch Segnis bei Adenauer an dessen italienischen Urlaubsort Cadenabbia am 22. August 1959. Vgl. AdG 1959 S. 7894.

42 Vgl. dazu die Protokolle vom 29. Januar, 23. April, 2. Juli und 3. September 1959 (ACDP VII-004-034/1).

müssen, die Sie, Herr Bundeskanzler, eben hier vorgetragen haben. Auch wir sind ausschließlich von der Frage gedrängt worden: Was geschieht 1961, was geschieht, wenn die Dinge einmal schwierig werden? Wie können wir erreichen, daß wir enger zusammenkommen? Ich habe mich mit den Herren Kollegen nicht etwa abgestimmt, aber ich darf wohl sagen, daß dieses halbe Dutzend Sitzungen, die wir gehabt haben, die fast ganztägig von morgens 10 bis nachmittags 16 Uhr gedauert haben, bei[!] uns irgendwie ein Gefühl gegeben haben, daß wir dort nicht mehr gesessen haben als Landesvorsitzende aus Nord und Süd und West, sondern wir haben uns verantwortlich gefühlt ausschließlich für die Bundespartei, und zwar haben wir genau an das gedacht, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler, an die Sorge der Mitgliederschaft, an die Bundesgeschäftsstelle, an die Bundestagskandidaten, und zwar in dem Sinne, wie kann man das alles stärken.

Herr Krone sagte eben, die Fraktion hätte gerne gewußt, was die Partei will. Weiter sagte er, die Ausschüsse sollten darüber beraten, was ihnen der Bundesvorstand zuweise. Dazu, so meine ich, muß aber auch der Bundesparteivorstand funktionieren, damit er die verschiedenartigen Beschlüsse fassen kann und in der Lage ist, den Ausschüssen innerhalb der Bundespartei diese Aufgaben zuzuweisen.

Um dieses Thema zu überprüfen, ob der Bundesvorstand funktionsfähig ist und ob das, was im Statut festgelegt wurde, sich bewährt hat, oder ob wir versuchen sollten, etwas Neues zu entwickeln, haben sich die Landesvorsitzenden in zwei Besprechungen, am 2. Juli in Berlin und am 3. September in Bonn, zusammengesetzt. Niemand von uns, die wir in diesem Gremium versucht haben, eine Klärung herbeizuführen, meint, daß wir das heute beschließen sollten. Wir müssen es nur den Damen und Herren vortragen, die nicht diesem Kreis angehören. Das wird nur die Hälfte derer sein, die hier anwesend sind. Außerdem sollte man es dem Bundesparteiausschuß, der am 28. September tagen wird⁴³, vortragen. Dann muß der Bundesparteiausschuß darüber diskutieren und sagen: Das eine paßt uns, das andere paßt uns nicht. Dann muß man aufs neue die Landesvorsitzenden oder sonstige Beauftragte zusammenbringen, damit diese bis in den nächsten Januar oder Februar hinein konkrete Vorschläge machen, was nun geschehen soll. Ich bin der Meinung, daß das Thema „Auswahl der Bundestagsabgeordneten“ völlig zu Recht von uns aufgegriffen werden kann. In der Satzung steht, daß ein Gremium besteht, das dabei mitwirken soll. Wir müssen prüfen, ob das korrekturbedürftig ist; denn die gleiche Sorge, Herr Bundeskanzler, wie Sie von der Bundespartei aus haben wir auch in den Ländern. Wir schlagen uns dort herum und haben den Ärger mit den Kreisparteien, wie Sie dies mit den Landesverbänden haben.

Darüber sollten wir in dieser Vorstandssitzung sprechen und versuchen, zu einem Entwurf zu kommen, der sicherstellt, daß wir ein Team sind, das in der Lage ist, zusammenzuwirken und Entscheidungen zu treffen. Wir hatten geglaubt, und zwar einheitlich, es müßte zweierlei geschehen: 1. muß in der Spitze eine Straffung

43 Protokoll in ACDP VII-001-021/5.

erfolgen, damit man Ihnen ein wenig beweglicher zur Verfügung stehen kann; 2. in der Spitze muß eine klare Verantwortung festgelegt werden. Wir haben z.Z. vier stellvertretende Vorsitzende; wir haben drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder. Das sind sieben, von denen jeder sagen kann, es sind noch sechs andere da, ich brauche also dies oder jenes nicht zu machen; ich habe außerdem nicht die Legitimation. Die Herren in Berlin meinten einheitlich ohne Widerspruch, man solle die Verantwortung teilen; wenn der eine im Augenblick nicht könne, müsse der andere einspringen usw. Es soll also eine klare Verantwortung erteilt werden.

Zweitens sollte geklärt werden, ob man statt eines geschäftsführenden Vorstandes einen engeren Vorstand bestellt. Hier gehen die Auffassungen ein wenig auseinander. Man meinte ursprünglich, zehn würden genügen. In der Zwischenzeit glaubt man, daß zehn nicht genügen, man möge fünfzehn nehmen. In Berlin hat es eigentlich eine Diskussion nur über wenige Punkte gegeben, z.B. darüber, soll man einen Vorsitzenden haben und zwei Stellvertreter, oder genügt sogar – wie Herr Gerstenmaier meinte – nur ein Stellvertreter. Ich habe dringend davor gewarnt und gebeten, man möge das Pendel nicht nach der anderen Seite ausschlagen lassen, sondern einen Mittelweg finden. Eine andere Frage war die, soll man die Stellvertreter auch Stellvertreter nennen, und zwar: Der Bundesvorsitzende, 1. Stellvertreter, 2. Stellvertreter, oder soll man sie nennen: 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender? Das waren eigentlich nur die Fragen, über die wirklich diskutiert worden ist.

Es wurde darüber gesprochen: Wie wählt man diesen engeren Vorstand von fünfzehn Mitgliedern, nämlich vom gesamten Parteivolk, vom Bundesparteitag oder vom Vorstand selber? Darüber kann man nachher noch sprechen. Das liegt in der Anlage. Es ist interessant, wie die Vorstellung dort gewesen ist; im großen und ganzen aber war man völlig einheitlicher Meinung. Man würde auf diese Weise ein Gremium bekommen, Herr Bundeskanzler, das Ihnen vollständig und schnell zur Verfügung stehen kann, um mit Ihnen zusammen die Dinge zu beraten; nicht gegen Sie, sondern mit Ihnen; ein Gremium, das in der Lage ist, auch in schwierigen Zeiten die Dinge zu behandeln.

Ich glaube, daß das die eigentlichen Vorschläge sind, Herr Bundeskanzler, die ich für die Landesvorsitzenden hier zu erstatten habe. Man könnte daraufhin die Diskussion mit den Vorschlägen von Ihnen und von Herrn Krone fortführen, um zu sehen, ob alle Überlegungen durchzuführen sind bzw. ob neue Gedanken zum Tragen kommen.

Adenauer: Die Ausführungen von Herrn von Hassel zeigen mir, daß wir völlig aneinander vorbeigeredet haben. Zu dem, was Sie zu den Vorschlägen gesagt haben, habe ich nichts hinzuzufügen, das kann man so durchführen. In Stuttgart hatten wir zwei stellvertretende Vorsitzende. Dann wollte Nordrhein-Westfalen Herrn Arnold haben und ein anderes Land noch einen weiteren. Dann wurden es vier Stellvertreter. Und jetzt wollen Sie wieder zwei haben. In Gottes Namen! (*Albers:* Nein! Nicht in Gottes Namen!) Meine Herren! Wir meinen wirklich etwas ganz anderes. Wenn Sie sich doch nur einmal die Mühe machen wollten, einen anderen Gedanken ganz in

Ruhe anzuhören und sich nicht sofort dagegen zu versperren, dann darf ich folgendes sagen. Nehmen Sie das Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Hand und sagen Sie mir einmal, was das Wesen der CDU ausmacht. (*Gerstenmaier*: Das Statut ist nicht gut formuliert!) Nichts, meine Herren, nichts! Nirgendwo finde ich da etwas. Und dann nehmen Sie jetzt die Vorlage, die die Herren Landesvorsitzenden ausgearbeitet haben.⁴⁴

In § 8 heißt es: „Organisationsstufen der CDU sind a) die Bundespartei, b) die Landesverbände, c) die Kreisverbände, d) die Ortsverbände.“

Dann besagt der § 9: „Aufbau und Aufgaben der Bundespartei ergeben sich aus dem Statut der CDU.“

Und in § 10 heißt es folgendermaßen: „Der Landesverband ist die Organisation der CDU eines Landes oder einer Landschaft. Der Landesverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereichs.“ (*Gerstenmaier*: Seines Bereichs.) Natürlich! Wofür soll er denn sonst zuständig sein? Aber hiernach ist er für alle politischen Fragen zuständig. Hier ist die Selbständigkeit der Landesverbände doppelt und dreifach unterstrichen. Mit den Kreisverbänden ist es schon anders.

Im § 11 heißt es: „Der Kreisverband ist die Organisation der CDU in den Grenzen eines Verwaltungskreises. Er kann auch mehrere Verwaltungskreise (z.B. kreisfreie Stadt und dazugehörigen Landkreis) umfassen. Im Gebiet eines Verwaltungskreises sollen nicht mehrere Kreisverbände bestehen. Die Bildung und Abgrenzung eines Kreisverbandes ist Aufgabe des zuständigen Landesverbandes. Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbständiger Kassenführung gemäß der Satzung des Landesverbandes. Der Kreisverband ist zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereichs, insbesondere für die Aufnahme und den Ausschluß von Mitgliedern, die Kassenführung und Verwaltung der Mitgliedsbeiträge. Eine Übertragung dieser Aufgaben an Ortsverbände ist möglich, jedoch nicht das Recht des Mitgliederausschlusses.“

Meine Herren! Daß Sie das nicht verstehen! Das ist doch alles nur das Äußerliche, was Sie da sagen! Wir wollen etwas ganz anderes, Herr Krone und ich. Wir haben deswegen die Fachausschüsse einberufen. In den Fachausschüssen sollen Mitglieder aus der Fraktion und aus den Ländern über die großen Themen, auch über Kultur, beraten. Aber diese ganzen Fachausschüsse – mit Ausnahme des Wirtschaftsausschusses – schlafen und tun nichts. (*Blumenfeld*: Die Ausschüsse sind aufgelöst vom Bundesvorstand, Herr Bundeskanzler, die sind gar nicht mehr legitimiert. Die existieren nicht mehr. Das ist ein Beschluß.⁴⁵)

44 Adenauer zitiert im folgenden aus der neuen Geschäftsordnung der CDU. Druck in Uid Nr. 43 vom 29. Oktober 1959, S. 4f.

45 Blumenfeld bezieht sich auf den geänderten § 11 des vom 6. Bundesparteitag in Stuttgart 1956 beschlossenen Statuts der CDU: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ Vgl. das Statut der CDU von 1956 in CDU, 6. Bundesparteitag

Kraske: Die Satzungsänderung in Stuttgart hat den Ausschüssen eine völlig neue Grundlage gegeben, indem sie anstelle des ursprünglichen Delegationsprinzips aus den Landesverbänden heraus ein Berufungsprinzip der Bundespartei gesetzt hat. Sie hat aber diese Änderung geknüpft an die Verabschiedung einer Geschäftsordnung. Da nun diese Geschäftsordnung bis heute nur im Entwurf vorliegt, war es einerseits nicht möglich, aufgrund dieses Geschäftsordnungsentwurfs die Ausschüsse aufzulösen oder neue Ausschüsse zu bilden, zumal sich der Bundesvorstand dieser Aufgabe bisher nicht angenommen hat, andererseits hat aber diese ungeklärte Situation natürlich nicht dazu beigetragen, daß die Ausschüsse in dieser Zeit besonders aktiv geworden sind. Das ist also die Schwierigkeit.

Adenauer: Und der Wirtschaftsausschuß? (*Kraske:* Der hat eine gewisse Sonderstellung!) Ich kann nur wiederholen: Lassen wir mit dem anfangen – heute nicht –, was uns wirklich im Inneren bewegt. Es ist so – ich will nicht vom inneren Gefüge sprechen, das ist ein verbrauchtes Wort –, daß wir sowohl vom Bund wie von den einzelnen Landesparteien her viel mehr zusammenwachsen und viel mehr eine gemeinsame Politik entfalten müssen! Welche Politik entwickeln wir denn im Bund? Die ist doch losgelöst von den Ländern! (*Zuruf:* Leider ja! – *Unruhe.*) Und was entwickeln Sie für eine Politik? Die ist doch losgelöst von uns, verehrter Herr Altmeier! (*Altmeier:* Nein!) Ich habe es doch mitgemacht! (*Altmeier:* Darf ich ein Wort dazu sagen? – *Anhaltende Unruhe.*) Bitte!

Altmeier: Meines Erachtens sind wir hier in der Tat an einem sehr wichtigen Fragenkomplex angelangt. Mir scheint, daß der Herr Bundeskanzler die Stellung der Landesparteien völlig verkennt! Er hört immer „Landesparteien“, und dann wird Landespartei gleichgesetzt mit Landespolitik. Vielleicht wird sogar noch dahintergeschrieben: Bundesrat! Und das ist zweifellos eine Darstellung, die der Tatsache nicht entspricht. Wir sind eine Bundespartei. So wie die Bundesrepublik gegliedert ist in ihren Gliederungen nach unten, so geht auch die Organisation unserer Bundespartei in die Länder und von den Ländern in die Kreise bis zur letzten Ortsgruppe. Wenn wir es nicht so machten, dann müssen wir eine andere Einteilung schaffen

S. 208–212, hier S. 212. Bis 1956 hatte § 11 gelautet: „Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben und zur Betreuung bestimmter Bevölkerungskreise und ihrer Durchdringung mit dem Gedankengut der CDU werden Ausschüsse gebildet. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Landesverbänden – im Einvernehmen mit den auf der Landesebene bestehenden Ausschüssen – entsandt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag ihrer Mitglieder vom Parteiausschuß gewählt. Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich.“ (Vgl. das Statut der CDU von 1950 in CDU, 1. Parteitag S. 174–176, hier S. 176). Die Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse erfolgte nach der Geschäftsordnung aus dem Jahre 1951 (dazu: ACDP VII-002-001/2.).

und die Bundespartei in Deutschland vielleicht in 44 Bezirke – oder wieviel wir kennen – einteilen. Es ist aber absolut falsch, nun zu behaupten, wir würden in den Landesparteien nur Landespolitik machen.

Wer führt denn die Bundestagswahlen durch? Das ist doch keine andere Organisation als die der Landesparteien. Wir machen unsere Arbeit in der Landespartei als ein Teil der Bundespartei, aber keine besondere Landespolitik und Gemeindepolitik. Und wer in der Bezeichnung „Landespartei“ eben nur die Arbeit im politischen Bereich der Landespolitik sähe, der würde allerdings nach meiner Meinung eine völlige Verkennung der Sachlage herbeiführen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aus diesem Grunde halte ich es für dringend erforderlich, nach all dem, was wir heute hier gehört haben, uns darüber auszusprechen. Ich muß fast sagen, es tut mir leid, Herr von Hassel, daß ich die fünf Sitzungen mitgemacht habe; denn was wir heute über das Ergebnis unserer Arbeit in dieser Form einer Note erhalten haben, ist wirklich betrüblich und kann nun keine Veranlassung sein, sich mit aller Liebe der Sache hinzugeben, wie wir es doch gemeint haben, wobei die Landesvorsitzenden ja nicht allein waren, sondern zusammengesessen haben mit dem geschäftsführenden Vorstand, der uns gerufen hat, damit wir diese Fragen erörtern.

Herr Bundeskanzler! Verzeihen Sie, wenn ich so aufgeregt bin, aber wir haben die Politik die ganze Zeit über in ihrer Gesamtheit gesehen. Ich habe in den zwölf Jahren als Landesvorsitzender keinen Unterschied gemacht in der Landespolitik, sondern wir haben die Schlachten geschlagen für die Bundestagswahlen als die Organisation der Partei. Es gibt gar keine andere im Lande. Wir haben die Schlachten geschlagen für die Gemeindewahlen, genau wie wir uns alle vier Jahre um die Landtagswahlen kümmern und bemühen müssen. Da einen Unterschied zu machen, weil es in der Organisation „Bundespartei“ oder „Landespartei“ heißt, das scheint mir doch eine völlige Verkennung der Sachlage darzustellen.

Gerstenmaier: Ich möchte zunächst ein Wort an meinen bundestreuen Freund Altmeier sagen. Ich würde empfehlen, sich nicht verdrießen zu lassen, sondern weiterzumachen in dem Bemühen, das auf einem anderen Stockwerk stattgefunden hat als das, welches der Herr Bundeskanzler heute betreten hat. Der Herr Bundeskanzler hat heute eine Frage angeschnitten, die nicht nur tief in die Struktur unserer Partei hineingreift, sondern die die ganze Konstruktion der Bundesrepublik anfaßt; denn es ist die Frage – hier in diesem Raum werden wir sie wohl, Herr Bundeskanzler und meine Herren Glaubensbrüder von der anderen Konfession, anpacken dürfen –, um es einmal theologiegeschichtlich auszulegen, ob Sie mit Thomas von Aquin⁴⁶ der Meinung sind – für uns sage ich, mit Aristoteles⁴⁷, damit sich jeder getroffen fühlt –: Ist das Ganze nur die Summe der Teile, oder ist das Ganze den Teilen vorgegeben? Was der Herr Bundeskanzler heute vertreten hat, ist die Wahrheit, von der Aristoteles

⁴⁶ Thomas von Aquin (um 1225–1274), Kirchenlehrer.

⁴⁷ Aristoteles (384–322 v.Chr.), griechischer Philosoph, Lehrer Alexanders des Großen.

ausgegangen ist, die Thomas von Aquin übernommen und seiner Theologie zugrunde gelegt hat: Das Ganze ist vor den Teilen; es gliedert sich nur in Teile. Es ist die große Organ-Theologie des Thomas von Aquin, die die ganze Kirche des Mittelalters geprägt hat, die zwar mit der Reformation leider geplatzt ist, die aber dennoch nach meiner Überzeugung unverändert wahr ist: Das Ganze ist nicht nur die Summe der Teile, sondern das Ganze ist mehr als die Summe der Teile, und es ist vor den Teilen; es ist den Teilen vorgegeben.

Herr Ministerpräsident und sehr verehrter Herr Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union! Ich muß das sagen auch im Hinblick auf Bayern, und ich glaube, Sie in Ihrem Land mit seiner großen Tradition werden das gelten lassen. Das Ganze ist den Teilen vorgegeben. Das bedeutet nicht, daß das Ganze die Teile annullieren oder auf die Seite schieben kann. Jeder hat seine Rechte im Ganzen. Aber es ist hier ein Rangunterschied, und auf den zielt unser Vorsitzender, der Herr Bundeskanzler, hin; denn er war der Meinung – offenbar auch ein bißchen erstaunt –, daß durch die Bemühungen der Herren Landesvorsitzenden die CDU umgebaut werden soll als Summe der Teile, und er meinte, daß wir uns in einer Lebensphase befinden, die es notwendig macht, daß wir funktionieren und agieren wie eine – eigentlich nicht zur Diskussion stehende – zusammengebaute, aber vor den Teilen stehende Einheit.

Darin folge ich dem Herrn Bundeskanzler. Das gebe ich ganz offen zu. Nur bringt uns das, Herr Bundeskanzler, noch lange nicht über die konkreten Aufgaben hinweg, die wir lösen müssen, z.B. darüber, daß wir einen geschäftsführenden Vorstand seit einiger Zeit nicht mehr haben, weil alle Herren, die in einem geschäftsführenden Vorstand der CDU tätig sind, in einer so hohen Position stehen, daß sie vom Staat in ganz kurzer Zeit völlig konsumiert werden, so daß sie nicht mehr den wichtigen Teilen im Ganzen zur Verfügung stehen können. Und nun beschäftigen sich die Landesvorsitzenden in verdienstvoller Weise mit der Frage: Was sind wir hier der Bundespartei – von der wir glauben, daß das Ganze vor den Teilen ist – schuldig, und zwar gerade deshalb, weil wir glauben, daß das Ganze vor den Teilen ist. Wie können wir nun diese Insuffizienz – das geht nicht gegen Sie, sondern das ist die Insuffizienz einer Zentralpartei – ausgleichen? Daß der Herr Bundeskanzler, mein lieber Freund Altmeier, diese Insuffizienz seines Zentralorgans so stark empfindet, das – dafür möchte ich doch plädieren – gereicht ihm zur Ehre.

Wir sind so etwas geworden wie eine Staatspartei. Und hierauf bezogen sagt der Artikel 65 des Grundgesetzes: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Partei[!]. Wir könnten also sagen: Im Staat bestimme ich ganz allein. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Aber er selbst hat das Bedürfnis, von Seiten der Partei ergänzt zu sein, die nach einer möglichst einstimmigen Meinungsbildung sucht, die oben an der Spitze wirksam wird und die hinüberträgt in Bereiche, wo allerdings seine Macht zu Ende ist. (*Unruhe.*) Mein lieber Freund Dufhues! Ich bitte einen Augenblick um Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. (*Dufhues:* Die habe ich ja!) Die also hinüberträgt in Bereiche, in denen nach dem Grundgesetz seine Macht zu Ende ist, in Bereiche der Kultur, wo es mindestens Streitfragen gibt, z.B. über das Fernsehen, den Rundfunk

usw., in denen es notwendig sein wird, daß wir in der Partei nach langem Ringen und Mühen eine einheitliche Sache machen. Gerade weil wir das im Staate nicht bewältigen können, es im Staate aber brauchen, muß hier aufgrund der Grenzen, die das Grundgesetz dem Bundeskanzler und damit der Zentralgewalt stellt, die Partei aus zwingender Notwendigkeit mit eintreten.

Nun können wir in der Partei nicht einfach eine Kompetenzverteilung übernehmen und sagen, es setzen sich die Landesvorsitzenden zusammen und machen eine Konferenz. So können wir es nicht lösen. Die Partei braucht auch in Kulturfragen ein klares Gesicht. Das muß man sagen und wollen, bei allem Respekt und bei dem ausdrücklichen Zugeständnis, daß wir damit nicht beabsichtigen, das Grundgesetz und die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes zwischen Bund und Ländern zu unterwandern oder gar einen Anschlag darauf zu machen. Ich muß sagen, daß ich bei Herrn Altmeier immer diese gute Absicht gesehen und gefunden habe, wenn wir für eine Bundesangelegenheit stritten, selbst wenn sie den Ländern gar nicht so ohne weiteres aus dem Herzen gesprochen war. Dann stand er immer als fairer Mann an unserer Seite. Deshalb täte es mir leid, Herr Bundeskanzler, wenn heute hier eine Verstimmung bliebe. Ich glaube also, mein lieber Freund Altmeier, das können wir fallenlassen.

Herr Bundeskanzler! Alle respektieren Ihre Meinung, die auf eine Klärung der inneren Struktur und auf eine Befestigung der Struktur der Bundespartei zielt. Wir werden immer noch Föderalisten bleiben, wir müssen aber wissen, was wir als Föderalisten unserer Partei als Ganzes schulden. Und wie wir hier reagieren, daraus ergeben sich wiederum einige organisatorische Fragen, von denen ich der Meinung bin, daß wir nicht mehr so sehr viel Zeit haben. Herr Bundeskanzler! Wir sollten deshalb möglichst soweit beraten und die Geschichte soweit bringen, daß wir im Bundesparteiausschuß zu einem gewissen Ergebnis kommen. Ich weiß nicht, Herr von Hassel, ob Sie schon vereinbart haben, dem Parteiausschuß einen Vorschlag über das zu machen, was wir tun wollen in organisatorischer Hinsicht, und zwar meine ich das, was wir über dieses Statut hinaus für notwendig halten. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, uns heute darüber zu einigen. Jedenfalls würde ich das für einen großen Gewinn für die nächste Sitzung des Parteiausschusses halten. Wir werden diese ganzen Strukturfragen unserer Partei im Parteiausschuß nicht endgültig behandeln können, noch nicht! Da stimme ich Ihnen zu. (*Bewegung und Widerspruch.*) Meine Damen und Herren! Wir müssen im Parteiausschuß etwas tun, um diese Insuffizienz in der Organisationsspitze möglichst schnell zu beseitigen. Deshalb sollte man die Vorschläge von Herrn von Hassel noch einmal an diesem Tisch überlegen.

Krone: Ich begrüße die Ausführungen vom Herrn Kollegen Gerstenmaier, weil sie ein Mißverständnis ausgeräumt haben, das hier hochgekommen ist. Ich bin geneigt, seinen Spuren zu folgen, will es aber nicht tun, sondern nur einen Punkt herausgreifen. Ich freue mich, daß es ein evangelisches Mitglied der CDU gewesen ist, das in seinen Ausführungen einen wesentlichen Beitrag zur Grundsatzfrage unserer Partei

gegeben hat. Das sage ich deshalb, weil manchmal die Meinung zu hören ist, als ob wir demnächst wieder in Konfessionen auseinandergerissen würden. Ich bin nicht so pessimistisch, weil ich glaube, daß wir auf beiden Seiten Männer haben, die wissen, worum es geht. Sein Beitrag als evangelischer Christ und Theologe zu unserer Politik war für mich sehr wesentlich.

Es geht gar nicht – weder dem Herrn von Hassel noch den Landesvorsitzenden, weder dem Herrn Bundeskanzler noch mir – heute darum, das Bestehende in unserer Partei umzuwerfen. Es geht dem Herrn Bundeskanzler, soweit ich ihn verstanden habe, darum, daß von der Bundespartei für die Bundespolitik und für die Bundestagsfraktion Initiative und Leben ausgeht. Das ist ein ganz elementares Kapitel, das wir unbedingt anschneiden müssen. Ich war nicht in Berlin, als darüber diskutiert wurde, weil ich nicht gern über Dinge sprechen wollte, die hinter uns lagen. Dazu bin ich nicht da. Aber ich kam auch nicht dazu.

Ich habe immer als das Wesentlichste angesehen, daß wir die von uns allen, auch von allen Landesverbänden bejahte Instanz der Bundespartei aktivieren. Wir müssen endlich damit anfangen, im Bundesparteivorstand, im Parteiausschuß und in den Ausschüssen elementare Fragen der Politik aufzugreifen! Ich habe eben einige genannt. Dafür wären wir der Bundespartei sehr dankbar. Wir sollten auch keine Dinge ändern oder herbeiführen, die wir gar nicht brauchen oder nicht wollen. Zu diesen Fragen gehört auch die Aufstellung von Kandidaten für die kommende Bundestagswahl. Wenn wir nicht das Recht bekommen von der Bundespartei und hierbei nur auf den guten Willen der Länder angewiesen sind ... (*Bewegung und Widerspruch. – Unruhe. – Gurk: Lieber Herr Krone! Habe ich Sie nicht gebeten, ...*) Ich habe Herrn Gurk damals eine Reihe von Leuten genannt, und zwar der und der, aber geschehen ist nichts! (*Gurk: Doch! – Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Ich würde so sagen: Aktivierung der Instanzen und echte Beauftragung mit konkreten Aufgaben. Mit dem anderen hätten wir noch etwas Zeit.

Adenauer: Entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal das Wort nehme. Ich möchte das tun Ihretwegen, Herr Ministerpräsident Altmeier. Gegen Ihre Arbeit habe ich gar nichts; im Gegenteil! Ich begrüße sie. Ich darf Sie daran erinnern, daß ich, als ich das Thema angeschnitten habe, gesagt habe, wir werden darüber heute keine Beschlüsse fassen können, aber ich begrüße es, wenn außer mir Herr Krone noch einige Worte sagen wird, damit wir weiterkommen. Was ich gesagt habe, richtet sich gar nicht gegen die Arbeit der Herren. (*Albers: Herr Bundeskanzler!*) Einer hat sich zum Wort gemeldet. Ich weiß nicht, ob Sie es waren, Herr Albers? (*Albers: Ja, das war ich!*) Bitte!

Albers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich 30 Jahre zurückversetzt, wenn ich die heutige Debatte verfolge. Schon im damaligen Reichsparteivorstand der Zentrumsparlei haben wir uns – der Herr Bundeskanzler, der Herr Krone und ich – mit der Frage beschäftigt: Was ist die Aufgabe der Fraktion, was ist die Aufgabe unserer Leute in der Regierung, und was ist die Aufgabe der Partei? In einem Punkte sind wir uns damals – der Herr Bundeskanzler

wird sich genau erinnern – im Jahre 1930 einig geworden⁴⁸, daß nämlich die Partei gegenüber der Fraktion auch ein Wort der Mitbestimmung haben muß! (*Adenauer*: Selbstverständlich!) Und das haben wir, meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß ich das sagen muß, in den letzten Jahren nicht mehr praktiziert. Herr Bundeskanzler! Wir beide haben im Jahre 1945/46 die rheinische Partei der CDU aufgebaut. Sie wurden zunächst Vorsitzender der rheinischen Partei, dann Vorsitzender der Partei in der britischen Zone. Wie war es denn damals? Politische Fragen sind nicht entschieden worden bei den Kabinetten in den Ländern, sondern die haben wir in der Partei mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, entschieden, und zwar bis zum Jahre 1953/54.

Ich muß das einmal sagen. Ich bin ein freier Mann und gehöre heute zum parlamentarischen Fußvolk. Sie haben früher immer, Herr Bundeskanzler, den Bundesparteivorstand zusammengerufen, nicht nur wenn es um organisatorische Fragen ging, sondern auch, wenn es sich um große politische Fragen und Entscheidungen handelte. Sie haben Wert darauf gelegt, auch aus den Ländern die Meinungen zu hören, und dann wurde darüber diskutiert und entschieden. Heute streiten wir uns um die Organisation. Fangen wir doch da an, wo wir damals aufgehört haben! Heute hat – ich muß es ganz offen sagen – die Fraktion die Aufgabe des Bundesparteiausschusses, und das Bundeskabinett hat heute die Aufgabe des Bundesparteivorstandes! (*Bewegung und Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig! – *Hört! Hört!*) Ja, meine Herren, das müssen wir ein bißchen ändern! (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen von einer anderen Situation aus an die Geschichte herangehen. Deshalb werde ich auch meinem Freund Paul Lücke im Parteivorstand meine Meinung sagen. Du bist nicht ganz auf dem richtigen Wege! Und auch Du, mein Freund Theodor Blank! Auch bei Ministerreden – so meine ich – müssen gewisse Dinge etwas mehr eingeschränkt werden. Ich meine auch, daß man sich nicht auf den Standpunkt stellen darf, daß der Bundestagsabgeordnete heute wie der Herr Pascual Jordan den Stahlhelm überziehen darf! (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch*. – *Teilweise Zustimmung*.) Lieber Lemmer! Deine Reden waren anständig! (*Anhaltende Unruhe*.) Herr Bundeskanzler! Es ist eine ganz einfache Geschichte. Ich bin nicht dafür, daß nun wieder große Satzungsänderungen gemacht werden. Ich bin ganz offen und sage zu den stellvertretenden Vorsitzenden: Der General ist oben, und es müssen vier Unteroffiziere dabeisein! (*Heiterkeit und Unruhe*.) Das ist meine Meinung. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler, und das ist ein reiner Vertrauensbeweis, den ich Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringe, es liegt bei Ihnen. Sie bringen es fertig. Aber die anderen, die philosophieren und theologisieren zuviel! (*Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Jetzt bin ich gemeint!) Haben Sie denn nicht gemerkt, daß vor etwa zehn Tagen in Köln bei

⁴⁸ Vermutlich am 29. Juli 1930 in Berlin (vgl. Heinrich SCHULTHESS: *Europäischer Geschichtskalender 1930*. S. 184f.).

dem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes⁴⁹ die evangelische Kirche und das Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands offiziell vertreten waren? Erinnern Sie sich der Auseinandersetzung, die der Herr Kultusminister von Schleswig-Holstein mit dem Herrn Erler auf dem Evangelischen Kirchentag hatte.⁵⁰ (*Adenauer*: Das war etwas Schreckliches! – *Zurufe*: Sehr richtig! Leider!) Deshalb darf ich es auch sagen! (*Gerstenmaier*: Der Herr Osterloh ist da!) Wissen Sie, was das bedeutet, daß die Vertreter der christlichen Kirche bei dieser Tagung dabei waren? Ich sehe hier eine Gefahr.

Ich bin dankbar, daß ich die Einladung zur zweiten Sitzung des Bundesparteivorstandes in diesem Jahr bekommen habe. Ich möchte Sie darum bitten und ersuchen, daß wir uns heute nicht so sehr in die Einzelheiten begeben und darüber streiten, was nun Rechtens ist. Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht auf die Mängel hingewiesen. Meine Herren! Beseitigen wir sie, und manches wird von selbst behoben werden; denn die Partei muß zunächst einmal schlagkräftiger als bisher gemacht werden. Ich denke auch daran, daß wir im Jahre 1961 die rote Fahne in Köln wieder herunterholen müssen. Deshalb muß im Bundesparteivorstand schnellstens und öfters gearbeitet werden. Ich habe daher die dringendste Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, und zwar aus unserer alten Verbundenheit heraus, die seit dem Jahre 1919 besteht: Nehmen Sie bitte die ganze Geschichte in die Hand!

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Ich habe den Eindruck, daß wir jetzt eigentlich soweit sind, daß wir uns ganz konkret über eine Reihe von Punkten, die auf der Tagesordnung vorgesehen sind, schlüssig werden können. Die zur Debatte stehenden verschiedenen Vorschläge werden, so meine ich, vom Bundesparteiausschuß gar nicht diskutiert werden, sondern er wird sie so akzeptieren, wie sie sind. Ich hatte mich vorhin melden wollen, als es mir schien, daß durch die Bemerkungen unseres Freundes Altmeier – die ich aber verstehe – vielleicht Gegensätze aufgeworfen würden, die wir nicht gebrauchen können und die unnötig sind. Das kann ich also jetzt beiseite lassen, zumal nach den herzhaften Worten von Hans Albers. Ich meine jetzt eigentlich nur noch folgendes: Die ganzen Überlegungen, die wir angestellt haben im Kreis der Landesvorsitzenden, und die vielen Gespräche, die wir in kleinen Gruppen vorher hatten, konzentrieren sich alle auf zwei Sorgen, Herr Bundeskanzler, genau genommen auf eine Sorge, und zwar auf die Sorge, von der Sie eben gesprochen haben, als Sie sagten: Nun hören Sie mich einmal fünf Minuten lang sehr ernst an.

49 Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hrsg.): Protokoll. 5. Ordentlicher Bundeskongreß Stuttgart 7. bis 12. September 1959. Köln o.J.; vgl. auch AdG 1959 S. 7954–7956.

50 9. Deutscher Evangelischer Kirchentag in München, 12. bis 16. August 1959 (AdG 1959 S. 7889–7891); zur Auseinandersetzung zwischen Erler und Osterloh zum Thema „Wenn Christen politische Gegner sind“ vgl. FAZ und „Die Welt“ vom 15. August 1959.

Wir haben in der letzten Sitzung der Landesvorsitzenden uns die Dinge vor Augen gehalten aus der Überlegung heraus: Was ist einmal nachher? Sie haben auf das Beispiel Italien hingewiesen. Diese Erkenntnis ist für uns zwingend, so daß wir jetzt aufgrund einer besseren Gliederung und Aktivierung der Partei zu guten Ergebnissen kommen müssen. Wir sind uns jedenfalls im Kreise der Landesvorsitzenden darüber klargewesen, daß wir so etwas – entschuldigen Sie diesen simplen Ausdruck – vorzeigen müssen, wenn wir am 28. September zum Bundesparteiausschuß gehen.

Wenn einige Wochen ins Land gegangen sind und wir außerdem noch etwas Glück haben, dann ist die große Auseinandersetzung, die damals bei dem Streit über die Frage „Präsidentenschaft oder nicht“ entstanden ist, im allgemeinen vergessen, aber in der Partei und bei den politisch wachen Kreisen in unserem Land ist sie nicht vergessen. Dort wartet man darauf, ob nun diese Partei fähig ist zu zeigen, daß sie sich eine neue Aktivität zu verleihen vermag. Und das soll nun in der Organisation zum Ausdruck kommen, damit man auch dieser Partei – das gilt jedenfalls für die Gutwilligen im Lande – vertrauen kann, wenn Sie einmal nicht mehr sind. Und darum geht es!

Die ganze Aufgabe, vor der wir stehen, ist im Grunde das, was Sie ebenfalls in einem Satz gesagt haben: Wir müssen die Partei als solche sichtbar machen, und zwar nicht billig sichtbar machen, sondern indem wir sie wirklich lebendig machen. Sie ist aber – entschuldigen Sie – seit langem nicht mehr lebendig. Unsere Parteitage sind ein einmaliger Rausch. Aber eine wirklich konstruktive Auseinandersetzung über politische Fragen – auch auf die Gefahr hin, daß wir uns gegenseitig sehr hart die Meinung sagen –, die für die Partei als Ganzes von Bedeutung sind, der wir aber irgendwie aus dem Wege gegangen sind, hat es nicht gegeben; denn das Gremium, das insbesondere dazu da ist, nämlich der Bundesvorstand, hat nicht funktioniert. Über die Gründe dazu brauche ich nichts mehr zu sagen. Wir wollen aber die Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen in der künftigen Organisation der Parteiführung sicherstellen, daß jemand, der dafür verantwortlich ist, dieses Gremium auch regelmäßig zusammenruft, auch wenn Sie, Herr Bundeskanzler, keine Zeit haben. Dafür haben wir alle Verständnis angesichts dessen, was Sie sich um die Ohren hauen. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß wir die Ausschüsse der Partei wieder lebendig machen. Erinnern wir uns, warum wir die Ausschüsse aufgelöst haben und in Stuttgart diesen Weg gegangen sind. Warum? Weil die Ausschüsse in der alten Form nicht mehr funktioniert haben. Wir waren mit den Ausschüssen in der alten Form unzufrieden und haben ihnen eine neue Form gegeben. Aber das ist nicht verwirklicht worden. Nichts ist geschehen. Doch wage ich zu behaupten, selbst wenn wir die Fachausschüsse gehabt hätten nach dem Stuttgarter Beispiel, dann wäre nichts herausgekommen, weil es keine Freude macht, in diesen Ausschüssen mitzuarbeiten, wenn man nicht das Gefühl hat, daß diese Arbeit auch wirklich in der Politik der Bundesregierung oder in der Politik der Bundestagsfraktion zur Geltung kommt. Das ist doch die Sache! Man kann nicht Leute, die etwas zu sagen haben, nur zur Deklamation beschäftigen. So war es doch die ganzen Jahre hindurch. Das ist also die andere Aufgabe, die wir

haben. Ich unterstreiche völlig das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Wir sollten heute wenigstens die erste Frage konkret lösen. Wir wollen wissen, was wir dem Bundesparteiausschuß vorschlagen sollen, damit wir dort eine klare Richtlinie für den Bundesparteitag bekommen, der ja letzten Endes über diese Dinge zu entscheiden hat.

Blumenfeld: Mir scheint es so zu sein, daß wirklich kein Unterschied zwischen der von Ihnen vorgetragenen Auffassung, Herr Bundeskanzler, und der von Herrn von Hassel zum Ausdruck gebrachten Meinung der Landesvorsitzenden besteht, auch nicht bei dem Grundsatzproblem, das Sie angeschnitten haben. Auch wir haben uns immer davon leiten lassen: Das Ganze muß vor den Teilen stehen. Nur haben wir diese Arbeiten einmal aufgreifen müssen wegen der Ordnung der Partei, damit gearbeitet werden kann; denn es ist ja hier in den Diskussionsbeiträgen ganz deutlich geworden, daß wir zumindest seit dem Stuttgarter Parteitag in unserer Bundespartei und damit auch in Teilen der Landesparteien und in dem Verhältnis zwischen der Bundespartei und den Landesparteien keine Ordnung gehabt haben, so daß wir deswegen auch nicht haben arbeiten und vor allem, Herr Bundeskanzler, nicht haben zusammenwachsen können.

Das ist doch das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, was Sie als eine der wichtigsten Aufgaben für uns alle in der Zukunft ansehen, damit nicht irgendwie und irgendwann plötzlich die Partei auseinanderfällt. Aber nun muß man diese Ordnung – mir ist das auch langweilig – in Paragraphen zusammenfassen. Aus dem § 17 der Geschäftsordnung ersehen Sie, daß die Bundespartei dieselbe Kontrolle zugewiesen bekommt wie die Landesparteien gegenüber den Kreisparteien und Ortsparteien. (*Von Hassel:* Erstmalig!) Ja, erstmalig! Das ist etwas versteckt in solchen Paragraphen, und wir können Ihnen nicht zumuten, daß Sie das alles lesen. Wir haben in vielen Stunden genau die gleichen Überlegungen – vielleicht nicht von der hohen Warte aus oder von dem Stockwerk, von dem Freund Gerstenmaier gesprochen hat, aber doch auf der Basis der gleichen politischen Grundkonzeption – angestellt, wie Sie und Herr Krone dies zum Ausdruck gebracht haben.

In diesen nüchternen Vorschlägen steckt schon ein Teil dessen, was Sie mit Fug und Recht von der Bundespartei verlangen. Das haben die Landesvorsitzenden freiwillig von vornherein für die Stärkung der Bundespartei als notwendig anerkannt, ja verlangt. Wir sind so anmaßend gewesen zu erwarten, daß der Reformvorschlag vom Bundesparteitag – wir haben ein Statut, das besagt, daß Änderungen nur vom Parteitag angenommen werden können, sonst hätten wir es vom Bundesparteiausschuß vornehmen lassen – angenommen wird. Wir sind der Meinung, daß dann, wenn der Reformvorschlag angenommen wird, der Bundesvorstand mindestens alle Monate zusammentreten muß. Wir waren sogar so vermessen, hierbei anzunehmen, daß vielleicht auch einmal eine Kabinettsitzung verschoben werden sollte, wenn wirklich wichtige politische Fragen zur Diskussion anstehen, die das oberste Führungsgremium der Partei behandeln muß. Wir wollen also arbeiten, und wir wollen Verantwortung tragen, Herr Bundeskanzler! Wir wollen sie wirklich im vollen Bewußtsein unserer

politischen Verantwortung der gesamten Partei tragen. Es ist keiner hier, der nicht glaubt, daß eines Tages – und zwar möglichst bald – auch unser Statut geändert werden muß; denn es ist schlecht formuliert und in seinen Bestimmungen überholt. Das ist eine Aufgabe der nächsten Monate. Wir können das bis zum nächsten Parteitag in Karlsruhe⁵¹ – wenn er dort stattfindet – ohne weiteres schaffen. Dazu müssen wir aber unbedingt häufiger zusammenkommen und eine Kommission des Bundesvorstandes beauftragen, das nun durchzuführen.

Herr Bundeskanzler! Seien Sie versichert – ich spreche für alle Landesvorsitzenden –, daß wir alle mitarbeiten wollen. Wir wollen ernstgenommen werden; und das können wir nur erreichen, wenn wir die notwendige Verzahnung zwischen der obersten Führung im Bund und den Ländern herbeiführen gemäß unseren Vorschlägen, die wir dem Bundesvorstand unterbreitet haben. Nur so geht es vorwärts. Wir müssen organisatorisch zusammenwachsen. Wir sollten jetzt schnell anpacken. Da stimme ich Herrn Albers völlig zu, daß wir sofort einen Anfang machen müssen. Dazu ist es notwendig, daß wir diese Dinge hier verabschieden und auf dem Boden dieser Tatsachen diese Vorschläge dem Bundesparteiausschuß am 28. September unterbreiten, damit dieser sie verabschiedet, und zwar einstimmig und aus vollem Herzen, so daß dann der Bundesparteitag die endgültige Annahme und die Änderungen der Satzung vollziehen muß.

Adenauer: Wir wollen natürlich schnell machen, aber es dürfen keine Mißverständnisse übrigbleiben. Herr Blumenfeld! Ich habe mindestens zwei Jahre lang den damaligen geschäftsführenden Vorstand – drei Herren waren es – jede Woche bei mir gehabt. Jede Woche! Wir haben alles miteinander besprochen. Aber es sind allgemeine Ermüdungserscheinungen da. Im ersten Bundestag waren in unserer Fraktion – ich will keine Namen nennen – führende Leute aus allen Landesgebieten, die hatten aber die Sache nach vier Jahren satt und wollten nicht mehr aufgestellt werden.

Herr Krone und die Fraktion und wir, wir arbeiten fast losgelöst von dem, was im Lande vor sich geht. Nehmen Sie die Arbeitnehmer! Wen haben wir denn noch in der Fraktion? Was haben wir noch für Vertreter von Arbeitnehmern? Und so ist es fast überall. Das ist die ernste Sorge, die mich bewegt. In den ersten Jahren war es wirklich anders. Ich wiederhole – daraus können Sie es am besten ersehen –, wir waren jede Woche an einem bestimmten, ein für allemal freigehaltenen Nachmittag zusammen, die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und ich, und haben alles besprochen. Aber Herr Tillmanns⁵² ist gestorben; Herr Kiesinger ist weggegangen. Herr Meyers sollte hineinwachsen, aber er mußte an [die] Stelle von Herrn Arnold treten.

51 Vom 26. bis 29. April 1960.

52 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1949–1955 MdB (CDU), 1951–1955 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der CDU, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 75 Anm. 10.

Was Herrn Krone und mich bewegt, das hat Herr Gerstenmaier sehr richtig wiedergegeben. Es ist nicht diese äußere Ordnung allein, die ja notwendig ist. Daran habe ich auch gar nichts kritisieren wollen, mit keinem Wort, mit keiner Silbe! Es scheinen mir im Gegenteil alle diese Dinge sehr gut zu sein. Aber was mich bewegt, das ist doch, daß die Landesparteien mit uns und wir mit den Landesparteien zu wenig Fühlung haben. Wir haben sie nicht! Und nun möchte ich Herrn Gradl sagen: Der Vorstand ist kein Vorstand von Persönlichkeiten, die in allen Dingen Sachverständige sind oder die ein Büro gehabt haben, das sie hätte vorbereiten können. Das ist ein politisches Gremium hier, das vom politischen Standpunkt aus urteilt. Nehmen Sie folgendes Beispiel: Was machen wir mit den Wissenschaftlern? Unsere Partei hat mit den Wissenschaftlern gar keine Fühlung, mit den Professoren nicht, mit den Studenten nicht, gar keine Fühlung! Jetzt hat Herr Krone den Herrn Dr. Martin beauftragt, eine solche Fühlung herzustellen⁵³. Ich bin sehr froh, daß wir es tun. Ich schätze Herrn Martin sehr. Ich bin sehr dankbar, Herr Krone, aber das ist eine Anomalie, daß der Fraktionsvorsitzende ein Mitglied seiner Fraktion aufsuchen muß, damit er in der ganzen Bundesrepublik die Verbindung zwischen unserer Partei und den Wissenschaftlern herstellt. Das ist ein packendes Beispiel. Das kann nicht von hier aus geschehen, sondern dazu gehört das, was Sie Fachausschüsse genannt haben. Die müssen ein bestimmtes Arbeitsgebiet bekommen und müssen CDU-Leute aus dem Lande und von hier zusammensetzen, damit das Ganze ein fortwährendes Geben und Nehmen wird.

Ich möchte nochmals betonen. Alles, was ich gesagt habe, enthielt kein Wort der Kritik an der Arbeit, die die Herren gemacht haben, deren Ergebnis uns vorliegt, sondern das entsprang einem inneren Bedürfnis wegen der Ermüdungserscheinungen, die behoben und beseitigt werden müssen. Und die kann man nur beseitigen, wenn man einmal kräftig darüber spricht.

Dichtel: Ich habe eine große Sorge. Ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht für übel zu nehmen. In Kreisen des Bundesparteiausschusses ist eine weitgehende Verstimmung vorhanden. Unsere Bundesausschußmitglieder haben zum großen Teil sehr weite Anmarschwege, und die übergroße Zahl der Bundesausschußmitglieder ist nicht mit einem Amt in Bonn versehen. Sie gehen nach den Sitzungen vielfach in dem unbefriedigten Gefühl nach Hause, daß der Bundesausschuß nicht das gebracht hat, was er eigentlich hätte bringen müssen. Ich habe mit Bundesausschußmitgliedern gesprochen, die mir gesagt haben: Wenn das nicht von Grund auf geändert wird, werden wir diese Arbeitszeitverluste und diese Unkosten nicht mehr weiter auf uns nehmen.

53 Vgl. Adenauer an Martin vom 30. November 1959: „Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 25. November eine interne Aufgabenverteilung beschlossen ... Dabei ist Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier der Aufgabenbereich Universitäten – Studentische Jugend – Geistige Berufe übertragen worden. Der Bundesvorstand bittet Sie, Herrn Gerstenmaier bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen.“ (ACDP VII-001-029/2).

Deswegen begrüße ich von ganzem Herzen, daß die Vorstandssitzungen nicht mehr mit den Sitzungen des Bundesausschusses zusammengelegt werden und somit der Bundesausschuß nicht weiter ein zweiter Aufguß wird, wie das in der Vergangenheit hier und da der Fall gewesen ist. Wer hier in der Sitzung des Bundesvorstandes gewesen ist, hat sich gesagt: Warum soll ich noch einmal in den Bundesausschuß gehen? Das, was dort gesagt wird, habe ich bereits hier gehört.

Unsere Leute sind also nicht zufrieden. Es muß unbedingt neues Leben geschaffen werden, wenn von dort aus Initiativen ausgehen sollen. So gehen wir auch in die nächste Sitzung des Bundesausschusses, aber wir haben heute dafür nichts vorbereitet. (*Widerspruch. – Zuruf:* Doch!) Meine Herren! Ich war der Meinung, daß wir uns heute – bei aller Zustimmung für eine grundsätzliche Debatte, insbesondere nach Ihren Ausführungen, die uns sehr interessiert haben und die für uns immer das Wertvollste sind – zu einem großen und wesentlichen Teil mit der Vorbereitung der Bundesausschußsitzung befaßt hätten, (*Zurufe:* Tun wir doch!) damit wir ihm vom Bundesvorstand aus eine bestimmte Richtung und Führungslinie geben können. Wir haben auf dem Parteitag in Stuttgart beschlossen: Das Nähere regelt der Bundesvorstand. (*Zuruf:* Was denn?)

Im § 11 des Statuts heißt es: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ Und wie ist es? Nach zwei Jahren ist noch keine erlassen! Infolgedessen ist auch die theoretische Möglichkeit des Funktionierens der Ausschüsse nicht gegeben. Ich bin mit Ihnen der Meinung, wenn wir draußen politisches Interesse erwecken wollen, dann müssen wir darüber diskutieren, was in der nächsten Zeit geschehen soll. Und das kann man in diesen Ausschüssen. Deshalb muß die Geschäftsordnung erlassen werden.

Wir haben weiter in Stuttgart beschlossen: § 14 „... Das Nähere regelt eine Finanzordnung, die der Bundesausschuß beschließt.“ Zwei Jahre lang ist nichts geschehen!

Im § 16 heißt es: „Es wird ein Bundesehrengericht gebildet.“ Nichts ist geschehen! Es sind mindestens volle sechs Tage notwendig gewesen, um das zu erarbeiten, was hier nun vorliegt. Alles ist in den einzelnen Landesverbänden überarbeitet worden. Ohne dem Vorstand zu nahe zu treten, darf ich sagen, der Bundesvorstand in seiner heutigen Zusammensetzung wäre zu dieser Arbeit nicht in der Lage gewesen. Das soll keine Kritik sein. Aber wenn die Arbeit übernommen worden ist, dann aus dem einzigen Grunde, nicht um eine neue Situation für die Landesparteien zu schaffen, sondern um der Partei zu helfen.

Und nun müssen wir heute soweit kommen, daß wir uns darüber entscheiden: Wollen wir das, was die Landesvorsitzenden in langen und mühsamen Sitzungen erarbeitet haben, vorschlagen oder nicht? (*Adenauer:* Das wollen wir ja!) Lieber Herr Bundeskanzler! Wir hätten uns doch dann das, was wir auf den Tisch gelegt haben, ansehen müssen! Das ist eine Frage, die mich bewegt und bedrückt. Wir müssen doch die Dinge vorbereiten. Herr Bundeskanzler! Ich stimme Ihnen ja zu, das

Prestige der Bundespartei muß verstärkt werden. Heute ist es so, die Landesparteien gehen ihren Weg, und die Bundestagsfraktion geht ihren Weg, und die Bundespartei steht weitgehend daneben! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn ich sehe, wie die SPD die entscheidenden politischen Fragen von der Partei aus fällt, dann muß ich zu uns sagen: Wir sind keine Partei. Das hängt damit zusammen, daß der Bundesvorstand gar nicht im Sinne seiner Aufgabe zu politischen Entscheidungen herangerufen wird. Wir haben in diesem Jahr zwei Sitzungen gehabt! Es ist aber sehr viel passiert in diesem Jahr. Man hätte so manches Mal vom Bundesvorstand aus hierzu Stellung nehmen müssen. Aber wir sind nicht gerufen worden.

Ich bin nicht scharf auf die Sitzungen hier in Bonn, aber, Herr Bundeskanzler, ich bin mit Ihnen einig, wir wollen die Bundespartei wirklich stärken. Dann aber muß der Bundesvorstand auch eine echte Mitwirkungsmöglichkeit haben. Er muß herangezogen werden. Und wenn das gemacht wird, auch mit dem Bundesparteiausschuß, dann wird einiges von dem, was Sie heute mit Recht kritisiert haben, Herr Bundeskanzler, anders werden. Ich stimme Ihnen zu, der Zustand der Partei nach der organisatorischen Seite hin, insbesondere nach den Ergebnissen des letzten Jahres, ist nicht befriedigend, sondern er gibt zu den größten Besorgnissen Anlaß.

Dufhues: Niemand bezweifelt die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei. Herr Bundeskanzler! Wir geben Ihnen hinsichtlich der Notwendigkeit einer solchen engeren Verzahnung durchaus recht, aber wir meinen, daß wir bei diesen Überlegungen an gewissen Grundsätzen nicht vorbeigehen können. Und hier darf ich einige Bedenken anmelden gegen das, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Er bejaht die Notwendigkeit der Beachtung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit von Bund und Ländern. Er meint aber, daß die Bundespartei – und damit auch die einzelnen Landesverbände – durchaus die Möglichkeit hätte, ihrerseits eine gesonderte Auffassung zu entwickeln, die sich dann auszuwirken habe in den Ländern. Im Prinzip ist das soweit durchaus richtig und zu akzeptieren, aber wir sollten niemals an einem alten Traditionsgut auch unserer Partei vorbeigehen, daß wir nämlich eine Verfassungspartei sind und auch bei Beschlüssen unserer Partei verfassungsmäßige Ordnungen in Bund und Ländern zu beachten haben.

Kein Organ eines Landes kann durch einen Parteibeschluß auch nur in die Versuchung gebracht werden, die Verantwortlichkeit zu vernachlässigen, die es nach der Verfassung seines Landes dem Lande schuldet. Das schließt nicht aus, daß wir uns bemühen, diese Verzahnung herbeizuführen, von der wir gesprochen haben. Nach guter deutscher Sitte ändern wir in solchen Fällen die Statuten; wir schaffen eine neue Organisation, um dabei zu vergessen, daß auch diese Fragen im wesentlichen Fragen der beteiligten und verantwortlichen Persönlichkeiten sind.

Wenn in den Landesverbänden das Bewußtsein und der Wille vorhanden sind, im engen Einvernehmen mit dem Bundesvorstand und dem Vorsitzenden der Fraktion

sich um Lösungsmöglichkeiten zu bemühen, dann haben wir viel mehr erreicht, als wenn wir neue Organisationen, neue Statuten und neue Satzungen schaffen.

Mit allem Ernst darf ich auf eine Frage hinweisen, die für das Schicksal unserer Partei von Bedeutung sein wird. Sie haben mit Recht kritisiert das nicht immer zulängliche Ergebnis bei den Landtagswahlen. Aber worin sind die Unterschiede der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen zu sehen? Bei Landtagswahlen kommen wir nicht an einer Stellungnahme zu den konkreten Problemen der Landespolitik vorbei. Damit werden wir doch konfrontiert, z.B. auch mit den Schwierigkeiten, die sich aus unserer Kulturpolitik ergeben. Es ist sehr leicht, über die Erfolge der Wirtschaftspolitik in den großen Bereich der Millionenmassen zu gelangen, die diese Wirtschaftspolitik bejaht, aber in Fragen unserer kulturellen Auffassung durchaus anderer Meinung und weitgehend hierbei nicht anzusprechen ist.

So sehr ich den Trend zum Zweiparteiensystem und damit die Notwendigkeit der absoluten Mehrheit auch in der Landespartei bejahe, es darf aber niemals gehen auf Kosten des Kerns, auf Kosten der geistig-kulturellen Substanz unserer Partei. Dieses Problem einmal durchzudiskutieren, führt zu einem Teil zu den Fragen, die die Ergebnisse bei den Landtagswahlen zeitigen, die dieses Problem und auch die Unterschiedlichkeit aufhellen, die bei den Bundestagswahlen und den Landtagswahlen gegeben sind.

Wenn wir vom Bund her gerade in dieser Richtung mehr tun wollen, dann könnten wir von der Bundespartei her ein Bemühen wieder aufnehmen, um das ich mich vor Jahren in diesem Kreis bemüht habe. Ich meine, daß wir in der Vergangenheit ein wenig vernachlässigt haben die Einrichtung der Bildungswerke und – wenn Sie wollen – der Schulungsheime, die die Möglichkeit haben, die Auffassungen der Christlich-Demokratischen Union im gesamtdeutschen Bereich zu prägen, und die zugleich die Aufgabe haben, den jungen Nachwuchs zu fördern; die ferner die Möglichkeit haben, in die Arbeitnehmerschaft hineinzukommen und Aufgaben zu übernehmen, die in der Weimarer Republik die Christlichen Gewerkschaften übernommen hatten. Sie könnten zugleich in die geistig führenden Kreise hineinwirken, in die Studentenschaft und in den geistig interessierten Nachwuchs. Dort gibt es sehr viel intensive Möglichkeiten der Beeinflussung und Förderung des Nachwuchses. Es handelt sich um Schichten, die bis heute sehr stark vernachlässigt worden sind. Selbstverständlich ist das auch eine Frage der Finanzen, aber ich habe zuweilen den Eindruck, daß wir uns die Hunderttausende für manche Plakate hätten ersparen, dafür aber in diesen Aufgaben hätten investieren können. Wenn wir mit kluger Hand hier verteilen, dann ...

Adenauer: Herr Dufhues! Wissen Sie, daß wir manchmal nicht in der Lage waren, in der Bundesgeschäftsstelle zum vorgesehenen Termin die Gehälter zu beschaffen? So ist unsere Situation! (*Dufhues:* Diese Sorgen haben auch die Länder!) Die mögen sie haben, aber sie verlangen von uns ...

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Wir müssen zu neuen Möglichkeiten kommen. Dahinter tritt das andere zurück. Welche Funktionen die stellvertretenden Vorsitzenden

haben sollen, darum geht es nach der Auffassung der Verbände Rheinland und Westfalen nicht. Wir halten es nicht für notwendig, weil wir uns nichts davon versprechen, wenn die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden geändert wird. Wir glauben, daß es einen guten Sinn gehabt hat und daß dieser Sinn auch heute noch besteht, ohne daß persönliche Fragen angesprochen werden, mit denen wir dieses Thema nicht belasten wollen. Entscheidend ist, daß wir unsere Arbeit tatsächlich aktivieren. Erinnern wir uns der Zeiten eines Lenz, eines Tillmanns und eines Meyers, wo wirkliche Arbeit geleistet wurde, ohne daß über Änderungen der Organisation gesprochen worden ist.

Stoltenberg: Ich halte es für einen großen Gewinn, daß heute von verschiedenen Seiten herausgestellt worden ist, daß die Bundespartei eine politische Funktion hat. Es gibt außerhalb dieses Kreises Freunde, die meinen, der Bundesparteivorstand habe ausschließlich organisatorische Aufgaben, während die Fraktionen und Kabinette ausschließlich politische Funktionen hätten. In den Bereichen, die hier genannt wurden, wo sich die Kompetenzen des Bundes und der Länder überschneiden, haben wir gesehen – das hat die Diskussion auch deutlich gezeigt –, daß wir die Partei als Bindeglied brauchen. So haben z.B. die Experten des Bundes und der Länder unserer Partei seit zwei Jahren in der Öffentlichkeit unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben, weil eine doppelte Zuständigkeit gegeben ist und wir bisher nicht zu einer Lösung gekommen sind. Und nun müssen wir für den Bundesparteiausschuß als Arbeitsunterlage die einzelnen Ordnungen der Partei vorlegen. Wir müssen auch, wenn wir nicht einig werden, eine Meinung finden für das Votum der Landesverbände. Wir sollten diesem Gremium getrost einen Alternativvorschlag unterbreiten, wenn wir hier nicht zu einer einheitlichen Meinung gelangen.

Herr Ministerpräsident Meyers hat in Kiel einen Rechenschaftsbericht gegeben⁵⁴, der ein gewisses Aufsehen erregt hat, weil er über die Fragen der einzelnen Ordnungen hinaus eine Reihe von Problemen unserer Parteiarbeit angesprochen hat, die man nicht in ein Statut pressen kann, die aber für das Leben der Partei von großer Bedeutung sind. Der Bericht hat Aufsehen erregt, weil er sehr kritisch war. Mit diesem Bericht haben wir die Verpflichtung übernommen, uns um die Parteiarbeit in den nächsten Jahren viel mehr als bisher zu kümmern, und zwar um die Kräftigung der Organisation, die Verbreiterung der Grundlage, die Wirksamkeit in den verschiedenen Bereichen, die für die Meinungsbildung wichtig sind, ob das nun der Bereich der Wirtschaft, der Hochschule, der Arbeitnehmer, der Sozialpolitik usw. ist. Ich will es nur stichwortartig nennen.

Ich möchte ausdrücklich beantragen, weil wir jetzt erst die zweite Bundesvorstandssitzung des Jahres 1959 haben, daß wir nach dem 28. September auf einer dritten Sitzung im Bundesvorstand diese Fragen noch einmal besprechen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Man könnte getrost den Rechenschaftsbericht zur Grundlage machen für die Besprechung über die Organisation und dann über die formalen Dinge hinaus

⁵⁴ Vgl. CDU, 8. Bundesparteitag S. 58–70.

diskutieren. Ich bin davon überzeugt, daß wir – was hier angeregt wurde – durch die Bildung von kleinen Kommissionen oder auch durch die Beauftragung von Einzelpersonen für bestimmte Arbeitsgebiete erheblich weiterkommen werden. Diese müßten dann dem Bundesvorstand sehr sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge machen, wie nun die einzelnen Fragen am besten zu lösen sind.

Gerstenmaier: Ich danke den beiden Herren Vorrednern, weil sie beide das Problem, um das es sich dreht – über das wir heute aber nicht zu entscheiden brauchen –, aus der Tiefe angepackt haben. Herr Dufhues! Vielen Dank für die Präzision, mit der Sie die Frage aufgegriffen haben: Sind wir eine Verfassungspartei, wenn wir uns in unserer Bundesorganisation nicht der Staatsorganisation gleichschalten bzw. unterwerfen? Ich bin der Meinung, daß wir eine Verfassungspartei auch dann sind, wenn wir in unserer eigenen Bundesorganisation mitnichten der Staatsorganisation folgen oder uns mit ihr gleichschalten. Ich bin der Meinung, daß es kein Kriterium dafür ist, wie wir unsere Partei organisieren. Ob wir eine Verfassungspartei sind, das entscheidet sich ... (*Dufhues:* Solange nicht der geringste Zwang aus Beschlüssen dieser Art hergeleitet wird, solange läßt sich darüber diskutieren!) Ich möchte folgendes sagen. Ich will lieber fragen: Sind Sie nicht der Meinung, daß wir eine Verfassungspartei im strengen Sinne des Wortes auch dann sind, wenn wir z.B. die Kompetenzverteilung, die das Grundgesetz zwischen Bund und Ländern vornimmt, in der Bundespartei der CDU etwas anders handhaben, d.h. wenn wir auch den Bundesorganen der CDU die Kompetenz geben, sich – nicht nur ratgebend – mit Grundfragen unserer kulturellen und geistigen Entwicklung zu befassen, die das Grundgesetz unweigerlich nur den Ländern zuweist?

Sind Sie nicht der Meinung, daß es unbeschadet dieses Grundsatzes das volle Recht, ja vielleicht ein existentieller Zwang für eine Partei wie wir ist – die wir den Staat nicht nur im Bünd, sondern auch nach Möglichkeit in einer geistigen und politischen Einheit in den Ländern repräsentieren –, eine einheitliche Auffassung in den Ländern herbeizuführen?

Das sind doch die Fragen, die auch den Ländern auf den Nägeln brennen. Das sind die Fragen der Kulturpolitik usw. Wenn wir das tun, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie nicht die Einrede machen, daß wir aufhörten, eine Verfassungspartei zu sein. (*Dufhues:* Da liegt eben das Problem!) Deshalb meine Frage an Sie. Sie sind ja Verfassungsminister⁵⁵. Ich denke aber, wir schließen jetzt diesen Teil der Debatte ab. Bei allem Für und Wider, bei allem Hin und Her glaube ich, daß diese Debatte in Zukunft fruchtbar sein wird und daß sie uns – ich schließe mich auch ein – zum Nachdenken veranlassen muß, wie wir es in Zukunft machen.

Jetzt möchte ich Ihnen vorschlagen, daß der Herr Kollege von Hassel die verschiedenen Sachen des Punktes 2 der Tagesordnung vorträgt, daß wir dann einige Worte zur Erläuterung sagen, damit wir für den Bundesausschuß das Material fertig haben.

⁵⁵ Dufhues war vom 24. Juli 1958 bis zum 26. Juli 1962 Innenminister von NW.

Krone: Wäre es nicht gut, wenn man den geschäftsführenden Vorstand beauftragte, aufgrund der heutigen Debatte Überlegungen für den Bundesparteiausschuß anzustellen? (*Widerspruch und Zurufe:* Nein! Wir haben keinen geschäftsführenden Vorstand! Wer ist das? – *Anhaltende Unruhe.* – *Kraske:* Den größeren?) Ja, den größeren Vorstand. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich denke, wir fangen jetzt beim Punkt 2 der Tagesordnung an. Bitte, Herr von Hassel!

VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES AM 28. SEPTEMBER 1959

- a) Bericht über die Tätigkeit der Landesvorsitzendenkonferenz
- b) Geschäftsordnung
- c) Finanzordnung
- d) Parteigerichtsordnung
- e) Satzungsgemäße Wahlen
- f) Vorbereitung des Bundeswahlkampfes 1961

Von Hassel: Die in der Tagesordnung unter Punkt 2 bezeichneten Buchstaben a), b), c) und d) gehören eng zusammen. Zum Punkt b) folgendes: Sie liegt Ihnen vor in der endgültigen Fassung. Sie ist mit dem geschäftsführenden Vorstand und den Landesvorsitzenden eingehend beraten worden, und wir brauchen nicht jeden einzelnen Punkt oder Paragraphen besonders aufzurufen. Ich habe das Gefühl, daß wir hier geschlossen erklären können: In dieser Form, wie sie vorliegt, leiten wir den Vorschlag dem Bundesausschuß zur Annahme zu.

Adenauer: Verzeihen Sie, die sehr wichtige Bestimmung des § 2 besagt: „Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisverband.“ (*Gerstenmaier:* Die Bundespartei muß auch aufnehmen können! Unbedingt! – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Widerspruch und Unruhe.*)

Gerstenmaier: Meine Herren! Es ist völlig unmöglich, daß am Veto eines Ortsverbandes die Aufnahme eines Mannes in die CDU scheitern darf.

Adenauer: Nehmen Sie z.B. einen Deutschen im Ausland! Der kann danach nicht Mitglied unserer Partei werden!

Gerstenmaier: Lesen Sie einmal, meine Damen und Herren, die Loewensteinsche Verfassungslehre⁵⁶, und Sie werden feststellen, daß es unmöglich ist, was wir in Deutschland praktizieren. Es ist nach ihm z.B. ausgeschlossen, daß eine Partei überhaupt eine Aufnahme ablehnt in einem Verfassungsstaat, der durch die Parteien funktioniert. Das ist für uns eine sehr weitgehende Frage, wenn wir christlichen Demokraten davor gestellt werden. Herr Loewenstein meint, daß ein Rechtsstaat, der aus Parteien organisiert ist, unter keinen Umständen ablehnen könne.

⁵⁶ Karl LOEWENSTEIN: Verfassungslehre. 2. Aufl. Tübingen 1969 (zuerst: Political Power and the Governmental Process, Chicago 1957).

Adenauer: Mir sind Fälle bekannt, in denen Ortsgruppen die Leute einfach nicht aufnehmen, weil sie unter sich bleiben wollen! (*Zurufe:* Hört! Hört!)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß Ausnahmen gemacht werden. Es ist vorgesehen, daß der Landesvorstand Ausnahmen zulassen kann. Ich bin damit einverstanden, daß ein Recht dem Bundesvorstand gewahrt bleibt, aber ich wehre mich dagegen, daß ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in die CDU statuiert wird. Wollen Sie z.B. diesen Rechtsanspruch für Linus Kather⁵⁷ anerkennen? (*Unruhe. – Gerstenmaier:* Ich habe Ihnen nur mit Loewenstein gedroht und was Ihnen sonst noch blüht! Ich habe Ihnen mit Linus Kather gedroht!)

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. (*Gerstenmaier:* Der Bund muß unbedingt genauso wie das Land und der Kreis Mitglieder aufnehmen können! – *Zuruf:* Sehr richtig! – *Dichtel:* Das muß die Ausnahme bleiben! – *Zuruf:* Unter Zuweisung an die Kreispartei! – *Unruhe.*) Meine Herren! Ich bin froh für jedes Mitglied, das überhaupt zu uns kommt! Vielleicht werden Sie für den Bundesausschuß noch eine Formulierung suchen, Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich würde sagen: Ausnahmen regeln der Bundesvorstand und die Landesvorstände.

Dufhues: Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn gesagt wird: Die ausnahmsweise aufgenommenen Mitglieder werden den örtlich zuständigen Kreisverbänden zugewiesen, und die Landesverbände werden über die Aufnahme unterrichtet. Das ist nötig! (*Vereinzelter Widerspruch. – Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Jetzt will ich Ihnen den „Todesstoß“ geben! (*Heiterkeit.*) Im § 10 steht: „Der Landesverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereichs.“ Ich schlage vor zu sagen: Die Bundespartei ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen ihres Bereichs. (*Bewegung und Heiterkeit. – Zuruf:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Hier muß man das geborene Verfassungsrecht des Föderalismus vertreten und muß sehen – wenn man bei Aristoteles und bei Thomas von Aquin steht –, daß das Recht des einzelnen nicht aufgehoben wird. Ich bin hier der Meinung von Herrn Dufhues. Das geht zu weit, Herr Bundeskanzler! Wir funktionieren im Organ.

Adenauer: „Wir funktionieren im Organ“, das ist gut! (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Meine Herren! Wir wollen das Aufnahmerecht für den Bund! Das ist etwas anderes als das Ausnahmerecht. (*Unruhe.*)

Adenauer: Ich will niemanden ärgern, aber ich muß Ihnen sagen: Sie haben nicht gewagt, an die Junge Union heranzugehen! Sie haben nicht gewagt, an die Sozialausschüsse heranzugehen! Sie haben nicht gewagt, an die mittelständischen Unternehmer heranzugehen! Die können sich zusammenschließen über den ganzen Bund und brauchen lediglich die Genehmigung des Bundesausschusses. Dann werden

57 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

wir eben – ihnen entsprechend – nach dem Statut einen Ausschuß der Politiker für den ganzen Bund gründen! (*Bewegung und Heiterkeit.* – *Schröder*: Ja, für die Politiker in der CDU!) Sie sehen also, meine Herren, wie inkonsequent Sie sind mit diesem ganzen Entwurf!

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Wir haben in diese Geschäftsordnung viele Sachen hineingenommen, die eigentlich in die Statuten gehören, und zwar deswegen, weil wir der Auffassung sind, daß wir die Dinge nicht länger schleifen lassen können. Es ist über die Ausschubarbeit gesprochen worden. Sie ist daran kaputtgegangen, daß seit dem Stuttgarter Parteitag keine Grundlage mehr da war. Es war die dringende Forderung aus den Landesverbänden, die Ausschüsse zu aktivieren, damit wir hier endlich einen Schritt weiterkommen.

Das hier ist eine Geschäftsordnung. Es sind keine Statuten. Die Geschäftsordnung kann jederzeit geändert werden. Ich möchte die Auffassung vertreten, daß diese Geschäftsordnung in Kraft gesetzt wird, damit wir zunächst einmal überhaupt eine Arbeitsgrundlage haben. Der Schaden, der wegen des einen oder anderen Fehlers entstehen kann, ist sicher nicht größer als der, wenn wir die Dinge wie bisher behandeln.

Kraske: Die Bestimmungen im § 2 sind eindeutig nicht Geschäftsordnungsrecht, sondern Satzungsrecht; sie müssen, um wirksam zu werden, ohnehin auf dem nächsten Parteitag – das war auch immer vorgesehen – in die Statuten übernommen werden. Die Geschäftsordnungsbestimmungen müssen entsprechend gekürzt werden. Das gilt nicht nur für den § 2, sondern auch für die Paragraphen 1 bis 7. Wir haben sie aus Gründen, die Herr Scheufelen angeführt hat, hier festgehalten. Wir würden aber vorschlagen, die Änderungsvorschläge – beispielsweise die Mitgliedschaft in der Bundespartei – zunächst einmal zu prüfen, um sie dann endgültig zu behandeln, wenn wir diese Paragraphen in die Statuten übernehmen. Es wird auf dem Geschäftsordnungsweg nichts präjudiziert, weil die Paragraphen 1 bis 7 im Grunde genommen nur Erinnerungsposten sind, die eigentlich in die Statuten gehören.

Ich bin der Meinung, daß die von der Bundespartei aufgenommenen Mitglieder – so wünschenswert eine Mitgliedschaft in der Bundespartei auch wäre, weil sie zweifellos für viele Leute eine Alternative darstellt, die sie bisher vermißt haben – ein ernstes Problem für die Struktur unserer ganzen Partei aufwerfen. Ich bin der Meinung, daß sie nur in den Kreisverbänden tätig sein können als Mitglieder. Deswegen müssen sie den Orts- oder Kreisverbänden zugewiesen werden. Und hier ergibt sich sofort das Problem: Was geschieht, wenn die Kreis- oder Ortsverbände sich gegen eine Zuweisung durch die Bundespartei sperren, wie sie sich bisher womöglich gegen einen unmittelbaren Aufnahmeantrag gesperrt haben? Diese Frage muß also sehr nachdrücklich untersucht werden. Deswegen würde ich meinen, daß wir zunächst einmal diese Unterlage als Ausgangspunkt verabschieden sollen.

Adenauer: Ich schlage vor, dem zu folgen, daß aber hier notiert wird, (*Kraske*: Es wird ja alles mitstenographiert!) daß die Sache bei einer späteren Gelegenheit geregelt wird und daß das nicht definitiv ist! Das ist noch keineswegs festgelegt.

Gerstenmaier: Die erste Zeile im § 2 kann allein stehen bleiben: „Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers.“ Dann müßte es heißen: „Sie kann bei der Bundes-, Landes-, Kreis- oder Ortspartei erfolgen.“ (*Widerspruch.* – *Zuruf:* Um Gottes willen nicht! Nein! Nein!)

Adenauer: Meine Herren! Wir wollen uns nicht erhitzen! Aber ich verstehe Sie wirklich nicht! (*Gerstenmaier:* Sie haben doch alle einen Gewinn davon! Das ist nicht zu begreifen! – *Unruhe.*) Ich wiederhole nochmals: Ich bin froh, wenn einer als Mitglied zu uns kommen will. Wir haben z.B. eine große Werbung gemacht, und die Kosten dieser Werbung waren höher und mehr als die Mitgliederbeiträge der Leute. Viele gehen auch nicht zu den Ortsverbänden. Und wenn sie sich bei uns anmelden, dann müssen wir ihnen sagen: Bei uns wirst Du zwar aufgenommen, aber Du mußt Dich bei Deinem Ortsverband melden. (*Zuruf:* Unmöglich! – *Unruhe.*)

Von Hassel: Ich habe einmal so formuliert: „§ 2. Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisverband. Zuständig ist der Kreisverband des Wohnsitzes oder des Arbeitsplatzes. Vor der Aufnahme ist der Kreisverband des Wohnsitzes zu hören. Der Aufnahmeantrag muß schriftlich gestellt werden. In Ausnahmefällen können der Bundesvorstand und die Landesvorstände Aufnahmen tätigen. Die so aufgenommenen Mitglieder werden dem zuständigen Kreisverband gemeldet.“ (*Unruhe.* – *Widerspruch.*) Meine Herren! Wir kommen draußen von der Front! (*Gerstenmaier:* Wir sind doch nicht in der Etappe, mein Lieber! Das lasse ich nicht gelten! – *Anhaltende Unruhe.*) Herr Kollege Gerstenmaier! Wir müssen draußen eine Ordnung haben, und es geht nicht in erster Linie um die Leute, die zur Bundespartei wollen. Es gibt eine gewisse Zahl von Fällen, wo das gelten kann, aber es darf nur die Ausnahme bleiben, nicht die Regel sein! (*Unruhe.*)

Adenauer: Warum wollen Sie es sich denn so schwermachen, daß Sie keine Mitglieder mehr bekommen? Wir haben in unserer Partei eine so geringe Zahl von Mitgliedern, daß wir uns alle miteinander schämen müssen! Das muß ich Ihnen auch einmal sagen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Nein! – *Gerstenmaier:* Wenn ich schon einen Tümpel habe, dann lasse ich auch, wenn es geht, möglichst viel Wasser hinein! – *Altmeier:* Wir müssen doch eine Ordnung schaffen. – *Von Hassel:* Es muß die Ausnahme bleiben. – *Gerstenmaier:* Der Bund muß auch aufnehmen können. – *Zurufe:* Ja! – *Weitere Zurufe:* Nein! – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Meine Herren! Wir wollen doch nicht die ganze Zeit verdiskutieren mit dieser Frage, die wir ja doch noch einmal zurückstellen, um zu sehen, ob wir es nicht ändern können. Das Entscheidende ist doch, daß wir jetzt mit dem Ganzen einigermaßen fertig werden und sagen: Der Bundesvorstand ist mit der Arbeit als solcher einverstanden, damit wir damit zum Bundesparteivorstand gehen können. Über die andere Frage mit den Mitgliedern kann man sehr lange reden. Ich verrate nicht, wer hier im Raum gesagt hat: Für Prominente gab es auch damals eine Ortsgruppe „braunes Haus“. Man muß es sich sehr genau überlegen, ob man für bestimmte

Mitglieder eine Aufnahme-Ortsgruppe schafft, womit man sie aus dem allgemeinen Parteizusammenhang herausnimmt. Aber lassen wir das jetzt beiseite. Zunächst einmal muß das Ganze beschlossen werden.

Adenauer: Das hat doch keiner von uns gewollt. Ich finde das Ganze merkwürdig. Man meldet sich bei dem Ortsverband, wo man seinen Arbeitsplatz hat oder wo man wohnt. Wenn sich jemand meldet, wo der Arbeitsplatz ist, muß er vorher mitteilen, wo er den Wohnsitz hat. Das ist genauso, als wenn Sie jemandem einen Kredit von DM 10.000,- geben, anstatt froh zu sein, daß die Leute überhaupt zu uns kommen.

Gurk: Es ist so, daß dann, wenn die Aufnahme über die Bundespartei und die Landespartei geht, auch der Kreisvorstand vorher zu hören ist. (*Widerspruch.* – *Gerstenmaier:* Nein!) Es wäre richtig, wenn das zuträfe. Dann hätte ich keine Bedenken gegen Ausnahmeregelungen. (*Altmeier:* Ein solcher Mann kann ja im Zuchthaus gegessen haben! Das muß man doch prüfen können! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Das kann die Bundespartei auch prüfen!) Da der Kreisverband als eine überörtliche Instanz in der Regel aufnimmt, ist schon eine Herausnahme aus der örtlichen Sphäre gegeben.

Adenauer: Nein, Herr Gurk, darum geht es nicht, sondern aus einem ganz anderen Grund, nämlich darum, um die Bundespartei nicht geradezu mit dem Stempel zu versehen, daß sie keine Mitglieder aufnehmen kann! Das ist gar nicht zu verstehen.

Gerstenmaier: Meine Herren! Ich verstehe das überhaupt nicht! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gurk: Ich habe nur gefragt, ob über solche Aufnahmen durch den Bundesvorstand die Kreisvorstände zuerst gehört werden, nicht mehr. Wenn es so ist, hätte ich keine Bedenken.

Adenauer: Erlauben Sie mal, Herr Gurk! Wie wollen Sie denn die Leute behandeln, die sich melden? Sind Sie ein Mann, der ihnen einen Kredit einräumt, oder ein Mann, der froh sein soll, wenn ein Kunde kommt? (*Anhaltende Unruhe.*)

Von Hassel: Zu diesem § 2 rege ich für den Parteitag in Karlsruhe an, daß wir ihn zunächst einmal so aufnehmen, aber mit der ausdrücklichen Beschlußfassung des Bundesvorstandes, daß das vom Herrn Bundeskanzler vorgetragene Thema in Ruhe, und zwar mit allen Konsequenzen und allem Für und Wider, geklärt wird. Sonst kommen wir ja heute nicht zu Rande. Das muß eine Sache des Statuts sein.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden!

Fay: Im § 7 ist der Ausschluß geregelt. Ausschließend ist der Parteivorstand. Ich werde gleich zur Parteigerichtsordnung Ausführungen machen. Ich würde jetzt schon vorschlagen, nicht den Vorstand, sondern das Parteigericht zu nehmen.

Adenauer: Wenn man schon etwas von einem Parteigericht hört und es wird einer ausgeschlossen von einem Parteigericht, dann denkt man, der Kerl hat mindestens seine Schwiegermutter ermordet. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Von Hassel: Ich darf feststellen, mit den beiden Einschränkungen zur Geschäftsordnung liegt eine Protokollformulierung vor, die angemeldet worden ist von Herrn Dufhues und die folgendes besagt: „Die Bundespartei kann sich in die Landesparteien

einschalten.“ In einem anderen Zusammenhang heißt es: „Die Landespartei kann sich in die Kreispartei einschalten.“ Und an einer dritten Stelle steht: „Das gleiche gilt für die Bundespartei.“ Und da möchte Herr Dufhues festgehalten haben, daß sich die Bundespartei nur in die Landesparteien, aber nicht in die Kreisparteien einschalten kann. (*Gerstenmaier*: Das finde ich richtig.) Die Sache ist klar. Dann können wir es so einschränken. (*Unruhe und Zurufe*: Nein! – *Schröder*: Der Bundesvorstand beschließt im § 7: „2. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ – *Anhaltende Unruhe*.)

Kraske: Nach dem Statut muß der Bundesvorstand die Geschäftsordnung erlassen. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausschlußwesen. In der Goslarer und Stuttgarter Fassung des Statuts ist nur ein Teil von dem enthalten, was in der Geschäftsordnung zu regeln ist. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß es sich z.B. bei allen Verfahrensvorschriften und Wahlvorschriften für Parteitage usw. nicht nur um eine Ordnung für die Bundespartei, sondern auch für die Landesparteien und Kreisparteien handelt. Deswegen wollen wir aufgrund der Verabschiedung durch den Ausschuß, die nach meiner Auffassung auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, der Geschäftsordnung eine etwas breitere Verankerung geben, als sie nur hätte, wenn wir hier darüber beschlössen. Das war der Grund zu diesem Vorschlag: Durch den Bundesausschuß. (*Schröder*: Man könnte es dem Bundesausschuß schicken als die vom Bundesvorstand gemäß Paragraph soundso beschlossene Geschäftsordnung. – *Gerstenmaier*: Sie kommen nicht an dem Statut vorbei! – *Von Hassel*: Wir beschließen es hier und leiten es danach dem Bundesausschuß zu! – *Schröder*: Es muß vorbereitet werden für die Statutenänderung auf dem Parteitag! – *Unruhe*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es handelt sich um eine vorläufige Finanzordnung. Eine endgültige Finanzordnung können wir erst nach dem Parteiengesetz erlassen. Wie Sie aus der Finanzordnung ersehen, regelt sie zwei wesentliche Punkte: Einmal die Position des Bundesschatzmeisters gegenüber der Bundesgeschäftsstelle, und zwar gibt sie dem Bundesschatzmeister lediglich die überwachende Tätigkeit, wie sie in den Landesverbänden üblich ist. Sie befaßt sich zweitens mit den Parteibetrieben. Die Parteibetriebe sind bisher von Herrn Bach und von Herrn Heck treuhänderisch verwaltet worden.

Im Rahmen des Karlsruher Urteils und der neuen steuerlichen Verhältnisse sind wir gezwungen, die ganze Situation zu überprüfen, sowohl für die Zukunft als auch für die Vergangenheit, um festzustellen, wie wir die Zuweisungen – die wir z.B. von der Bundespartei an die Landesparteien vornehmen – steuerlich durchführen können. Ebenso war es notwendig, die Vergangenheit zu überprüfen, um Vorschläge für die Organisation zu machen. Alle Prüfungen, die die Herren in der Kommission durchgeführt haben, haben die Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge festgestellt.

Die finanzielle Leistung unserer Parteiverlage⁵⁸ ist enorm groß. Die Zuweisungen

58 Vermutlich gemeint Einkünfte aus „Das Wirtschaftsbild“. Frankfurt 1949, ab 1950 Bonn,

an die Landesverbände haben im Laufe der letzten Jahre über fünf Millionen betragen. Um die steuerliche Situation zu prüfen, haben wir uns das Jahr 1958 näher angesehen. Von DM 100,-, die wir in den Parteiverlagen umgesetzt haben, sind DM 45,- an die Landesverbände gegangen, DM 10,- sind für Werbung von der Zentralstelle aus und für den Versand verbraucht worden. DM 45,- waren Herstellungskosten. Die Herstellungskosten enthalten auch die Zuweisungen an die Bundespartei.

Das sind Zahlen, die üblich sind. Wir haben uns wegen der steuerlichen Klärung der Dinge an das Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen und an das Bundesfinanzministerium gewandt und haben das Einverständnis der Referenten bekommen, daß Werbekosten bis zu 50 % – wenn sie nachgewiesen werden – anerkannt werden. Weiterhin haben wir die Zusage bekommen, daß uns gegebenenfalls diese Anerkennung auch für die Vergangenheit gegeben wird, falls es uns gelingt, in naher Zukunft nicht mehr im Rahmen dieser lockeren Form, sondern eines geordneten Geschäftsunternehmens mit klarer Bilanz diesen Tatbestand nachzuweisen.

Daraus ergibt sich folgende Forderung an die Organisation: Wir als Bundespartei dürfen mit dem Wirtschaftsunternehmen, dem wir noch eine Form geben müssen, bis zu 50 % an die Landesparteien ausschütten. Es ist dann Sache der Landesparteien, nun nachzuweisen, wie sie diese Gelder verbrauchen. Sie dürfen es nicht direkt für politische Zwecke verbrauchen, sondern in der Form, daß sie für unser Verlagsunternehmen Werbung betreiben. Aus diesem Grunde hat sich der Kommissionsvorschlag ergeben, beim Bund eine GmbH zu bilden, die sämtliche Parteiverlage umfaßt mit Generalversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung, sowie bei den Ländern eine Werbe-GmbH zu gründen, die im Organverhältnis mit der Bundes-GmbH stehen muß.

Es ist dringend erforderlich, daß wir diese organisatorischen Maßnahmen schnell durchführen; denn wenn wir den Finanzbehörden nicht nachweisen können, daß wir tatsächlich die Zahlungen, die wir jetzt geleistet haben, für Werbemaßnahmen aufgewendet haben, können rückläufige Steuerforderungen an uns kommen, und zwar aus den Beträgen von fünf Millionen!

Wir haben dafür einen Gesellschaftsvertrag vorgelegt, der nach wirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten aufgestellt worden ist. Der vorliegende ist nicht endgültig. Herr Müllenbach verteilt Ihnen den endgültigen, der mit der Zustimmung eines Notars entstanden ist. Dieser Gesellschaftsvertrag sieht vor, daß die GmbH getragen wird von den Parteivorsitzenden und den Landesvorsitzenden und daß sie als Gesellschaftsversammlung einen Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat bestimmt die Geschäftsführung.

Es ist im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand, wo Herr Bach als Bundesschatzmeister geschäftsführend in den Firmen tätig war, der allgemeine Zustand vorgesehen,

„Der Wirtschaftsbrief“. Informationsdienst der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn 1952–1966; „Der Mittelstandsbrief“. Bonn 1953ff.; „Deutsches Monatsblatt“. Siegen 1954ff., ab 1960 Bonn. Vgl. dazu PROTOKOLLE 2 S. 86f., S. 560f.

daß der Bundesschatzmeister im Aufsichtsrat ist. Wir haben diese Änderung gewählt, weil Herr Bach im Frühjahr einen Brief an mich als dem Vorsitzenden der Kommission gerichtet – den ich an Herrn von Hassel weitergeleitet habe – und geschrieben hat, daß er beim besten Willen aus Arbeitsgründen und gesundheitlichen Gründen nicht länger als bis zum Ende des Jahres als Bundesschatzmeister mitarbeiten könne.⁵⁹ Die notwendigen Maßnahmen können gar nicht bis zum Ende des Jahres durchgeführt werden. Wir haben es in der Kommission bedauert, daß Herr Bach dann nicht mehr zur Verfügung stehen wird; denn wenn Sie sich die Arbeit ansehen, die Herr Bach hier hineingesteckt hat und die zu einem Ergebnis für die Landesverbände von mehr als fünf Millionen geführt hat, dann möchte ich ausdrücklich sagen, hier sehen Sie den Wirkungsgrad seiner Arbeit.

Es liegen Ihnen die Finanzordnung und dieser Gesellschaftsvertrag vor, der von der Gesellschaftsversammlung der neu zu gründenden GmbH beschlossen werden müßte. Im Rahmen dieser Finanzordnung wird durch die Bundespartei im Verlagsgeschäft eine GmbH gegründet und gesagt, wer die Treuhandträger dieser GmbH sind. Das wäre also hier zu beschließen.

Wir haben Entgegenkommen bei den Bundes- und Landesfinanzbehörden gefunden, und ich hoffe, daß wir ohne rückläufige Steuerforderungen durchkommen werden, aber garantieren kann das niemand. (*Pferdmenges*: Für welche Zeit? Mir ist gesagt worden, daß diese Forderung kommen wird!) Das gilt nur für die Förderergesellschaften.⁶⁰ Das würde gelten, wenn das Karlsruher Urteil nicht gekommen wäre.⁶¹ Es war bei den Unternehmen nur ein bestimmter Anteil von 4 oder 5 % des Umsatzes für politische Zwecke abzugsfähig. Wir haben an die Landesverbände 50 % abgegeben. Es liegt also hier ohne das Karlsruher Urteil ein sehr schwieriger Fall vor.

Nun kann niemand die Garantie übernehmen, daß wir ohne jede steuerliche Nachforderung durchkommen werden. Wie die Situation heute ist, würde diese Forderung auf die Herren Bach und Heck zukommen. Wir können selbstverständlich nicht die Unternehmen aufheben, ohne die damit verbundenen Haftungen zu übernehmen, und zwar für nachkommende Steuerforderungen. Diese müßten von der neu zu gründenden GmbH mit übernommen werden, und die Partei müßte dafür garantieren. Das sind wir den Herren schuldig.

Ich darf zusammenfassen: Wir müssen die Finanzordnung verabschieden. Wir müssen beschließen, daß wir für diesen Zweck eine GmbH bilden und wer die Träger sind. Wir müssen beschließen, daß diese GmbH etwaige Steuerforderungen, die noch kommen werden, übernimmt und daß für diese Forderungen die Bundespartei bürgt.

59 Nachfolger Bachs wurde kommissarisch Scheufelen (1. Januar – 23. Mai 1960).

60 Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene (vgl. PROTOKOLLE I S. 126 Anm. 26). Zur Parteienfinanzierung zuletzt VON ARNIM bes. S. 30–32.

61 Urteil vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) in BVerfGE 8, 1959 S. 51–71. Vgl. auch AdG 1958 S. 7142f.: Bundesverfassungsgericht erklärt steuerliche Absetzung von Spenden für politische Parteien als verfassungswidrig.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihre Zustimmung feststellen.

Ich möchte Herrn Bach sagen, daß wir sein Ausscheiden aus dem Amt als Bundesschatzmeister sehr bedauern. Derjenige, der wie ich seit langen Jahren – wenigstens aus einer gewissen Nähe – hat verfolgen können, mit welcher hingebender Mühe und Arbeit Sie sich diesem sehr undankbaren Geschäft unterzogen haben, wird Ihrer ganzen Tätigkeit mit größter Dankbarkeit gedenken. (*Lebhafter Beifall.*)

Nun hätten wir noch die Parteigerichtsordnung vorzunehmen. Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich möchte noch kurz etwas sagen. Herr Bach hat darum gebeten, zum 31. Dezember entlassen zu werden. Es müßte auf der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses der Vorstand ermächtigt werden, kommissarisch einen Bundesschatzmeister vom 31. Dezember bis zum nächsten Parteitag zu wählen.

Adenauer: Gut! Bitte, Herr Fay!

Fay: Die Landesvorsitzenden haben Herrn Kiesinger und mir den Auftrag gegeben, drei Spezialfragen aus der Parteigerichtsordnung zu prüfen. Die erste Frage lautet: Wie kann man mit zivilrechtlicher Wirkung den Ausschluß aus der Partei vornehmen? Antwort: Nach § 29 Abs. 5 unserer Parteigerichtsordnung. Zweite Frage: Kann die Ablehnung eines Bewerbers durch das Parteigericht ausgesprochen werden? Dritte Frage: Können die Parteigerichte über politische Entscheidungen und Maßnahmen der Vorstände entscheiden?

§ 29 der Parteigerichtsordnung lautet:

Die Parteigerichte können auf folgende Maßnahmen erkennen: 1. Verwarnung, 2. Verweis, 3. Aberkennung von Parteiämtern, 4. Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit, 5. Ausschluß aus der Partei.

Wir beide, die die Sache nachgeprüft haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Bestimmung in Ordnung ist. Ich muß noch ein paar Vorbemerkungen zu diesem Ergebnis machen. Wenn die Grundlage der Parteigerichtsordnung in dem neuen Parteiengesetz liegt, ist die Sache absolut klar. In dem Parteiengesetz ist eine Parteigerichtsbarkeit vorgesehen. Und wenn das gesetzlich geregelt ist, hat der Ausschluß aus der Partei auch zivilrechtliche Wirkung.

Wenn wir aber schon vor Erlass des Parteiengesetzes unsere Gerichtsordnung in Kraft setzen wollen, müssen wir eine andere Rechtsgrundlage dafür finden. Die Rechtsgrundlage ist m.E. in unserem Statut, in dem auf eine Ehrengerichtsordnung hingewiesen wird, zu finden. Diese Ehrengerichtsordnung ist identisch mit der Parteigerichtsordnung, die wir bisher vorgeschlagen haben. Danach scheint es so zu sein, daß diese Parteigerichtsordnung eine echte Schiedsgerichtsordnung ist mit der Folge, daß Entscheidungen des Schiedsgerichts (lies Parteigericht) den ordentlichen Rechtsweg ausschließen.

Das ist der Zweck der ganzen Geschichte, daß, wenn ausgeschlossen wird, das ausgeschlossene Mitglied nicht mehr die Möglichkeit hat, vor ordentliche Gerichte zu

gehen, um die schmutzige Wäsche dort in dritter Instanz zu waschen. Wir kommen zu dem Ergebnis: Auf jeden Fall können wir es so machen.

Ich habe eben den § 7 der Geschäftsordnung aus folgendem Grund genannt: Nach dem Parteiengesetz, das so oder so kommen wird, und zwar vor allem in den entscheidenden Bestimmungen, ist vorgesehen, daß die Satzung festlegt, welche Parteistelle ausschließt. Man kann nun den Vorstand, aber auch ein Parteigericht hierfür nehmen. Nimmt man das Parteigericht, dann ist die Sache klar. Dann schließt das Parteigericht aus, und dem Mitglied ist der ordentliche Rechtsweg dann mit Recht verbaut. Nimmt man aber den Vorstand, dann hat das Parteigericht die Aufgabe, zu überprüfen, ob die Entscheidung des Vorstands begründet war.

Da wir uns dazu entschlossen haben, dem Parteigericht den Ausschluß zukommen zu lassen, müssen wir auch zwangsläufig dann in der Geschäftsordnung das Parteigericht als zuständig für den Ausschluß erklären.

Wir können aber diesen Gedanken, der hier verankert ist, aufgeben. Ich würde es sogar begrüßen, wenn wir ihn aufgäben und dem Parteigericht lediglich die Aufgabe zukommen ließen, die Begründetheit des Beschlusses des Vorstands zu prüfen. So haben wir es auch in Hessen gemacht, und so halte ich es für normal. Ich habe vorhin gehört, daß man hier derselben Auffassung ist. Wenn dem so ist, kann der § 7 der Geschäftsordnung so bleiben. Der § 29 Abs. 5 der Parteigerichtsordnung müßte lauten: „Das Parteigericht ist zuständig zur Überprüfung der Ausschlußbeschlüsse, die der Vorstand gefaßt hat.“ Wenn Sie sich zu dieser Auffassung bekennen, müssen wir die Parteigerichtsordnung in diesem Punkte ändern. Vielleicht ist es gut, zunächst einmal über diese Frage zu diskutieren.

Adenauer: Oder abzustimmen! Deshalb bitte ich diejenigen, die gegen den Vorschlag von Herrn Fay sind, eine Hand zu erheben.

Dufhues: Ich habe ein Bedenken. Es geht nicht an, daß wir den Vorständen den Ausschluß aus der Partei übertragen, dagegen dem Parteigericht die Aberkennung usw. überlassen. Wenn der Vorstand ausschließen kann, dann muß er auch diese Möglichkeit haben. Dann muß der Vorstand die Entscheidung treffen.

Kraske: Wir haben den § 29, wo fünf Strafmaßnahmen des Gerichts aufgezählt werden, seinerzeit in der Kommission aus folgendem Grund vorbereitet: Wir waren der Meinung, daß hier nicht präjudiziert ist, wer den Ausschluß vollzieht, sondern daß diese Formulierung „5. Ausschluß aus der Partei“ offenläßt, ob lediglich das Gericht über den Ausschluß erkennt – der dann aber entsprechend der Satzung vom Bundesvorstand auszusprechen und zu vollziehen wäre –, oder das Gericht selber [!] Erkenntnis des Ausschlusses gleichzeitig den Ausschluß vollzieht.

Ich meine, man kann in dem Zusammenhang des § 29 nicht zunächst über die Aberkennung von Parteiämtern, dann aber im Punkt 5 nur von der Überprüfung einer Maßnahme sprechen; denn das würde in die Berufungsmöglichkeiten hineinhören, die im Vorstehenden geklärt werden.

Fay: Ich schlage vor, den § 7 der Geschäftsordnung zu ändern: „Der zuständige Parteivorstand entscheidet über Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern.“ Der

Begriff „Ordnungsmaßnahmen“ entstammt dem Parteiengesetz. Zu den Ordnungsmaßnahmen gehört namentlich auch der Ausschluß, wie er im § 29 aufgeführt ist. Man könnte, um sich ganz verständlich auszudrücken, die Ordnungsmaßnahmen noch erläutern und schreiben: „1. Verwarnung, 2. Verweis, ... 5. Ausschluß aus der Partei.“ (*Adenauer*: Das würde ich für richtig halten!) Dann ist klargestellt, was Ordnungsmaßnahmen sind. Dann könnten wir den § 29 so fassen: „Das Parteigericht überprüft die Maßnahmen des Vorstandes auf ihre Begründetheit oder beschließt über Einsprüche gegen Maßnahmen des Vorstandes.“ Wird das so akzeptiert?

Adenauer: Wenn nicht widersprochen wird, ist es angenommen.

Schröder: Herr Fay! Das bedeutet, daß wir den Vorständen allerhand auferlegen, was sie sehr ungern tun werden; denn sie sind zunächst zuständig für die Verwarnung, dann für die weiteren Maßnahmen. Die Vorstände können sich mit dem Ausschluß beschäftigen. Denken Sie allein an die Frage der Verwarnung.

Fay: Darüber müßten wir uns noch unterhalten. Die Vorstände müssen aber so stark sein, daß sie diese politischen Entscheidungen zunächst in eigener Verantwortlichkeit treffen können. Es ist eine politische Entscheidung. (*Adenauer*: Machen wir es ruhig so, wie Herr Fay vorgeschlagen hat!) Im Grunde ist es eine politische Entscheidung, und die soll dann überprüft werden, ob alle Spielregeln eingehalten worden sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten dem zustimmen.

Kraske: Muß denn der § 29 in der jetzt vorgeschlagenen geänderten Fassung bestehen bleiben? Es heißt im § 16: „Ein Verfahren vor den Parteigerichten findet statt 1. auf Antrag eines Mitglieds, das durch eine Maßnahme oder Entscheidung eines Parteiorgans beeinträchtigt zu sein behauptet ...“ usw. Dieser § 16 deckt doch jeden Einspruch gegen diese Strafmaßnahmen, die Sie im § 7 der Geschäftsordnung aufzählen.

Fay: Strenggenommen haben Sie recht! Man könnte es weglassen, aber ich bin dafür, daß man es stehen läßt, damit das Mitglied klar sieht, welche Rechte es hat gegen Entscheidungen des Vorstandes. (*Adenauer*: Wir sind bald soweit, daß keiner mehr zu uns kommt!) Lassen wir es zunächst so stehen; es wird bald geändert. (*Adenauer*: Das ist auch ein „Grund“!) Da die Formulierung des § 16 in der Parteigerichtsordnung sehr weit gehalten ist, kann die Frage auftauchen, ob die Mitglieder das Recht haben, auch politische Entscheidungen der Vorstände vor die Gerichte zu bringen. Es heißt dort: „Ein Verfahren vor den Parteigerichten findet statt 1. auf Antrag eines Mitglieds, das durch eine Maßnahme oder Entscheidung eines Parteiorgans beeinträchtigt zu sein behauptet.“ Wir haben neulich diese Frage erörtert. Ich bin der Auffassung, man sollte sich von vornherein darüber klar sein, daß politische Fragen, die der politischen Entscheidungsgewalt der Parteiorgane zukommen, nicht vor die Gerichte kommen sollen. Man sollte das, um alle Zweifel zu beheben, in einem Satz, den man hier diesem Katalog anfügt, auch zum Ausdruck bringen.

Adenauer: Damit sind wir also einverstanden! (*Zustimmung.*)

Fay: Wir würden sagen: „Politische Entscheidungen und Maßnahmen sind nicht Gegenstand eines Verfahrens vor den Parteigerichten.“ Dann fügen wir als letzten Absatz noch hinzu die Frage, die im Grunde schon entschieden ist: „Die Ablehnung der Aufnahme eines Bewerbers soll nicht vor die Gerichte kommen“, und zwar einmal, weil der Bewerber noch nicht Mitglied ist, also noch nicht zuständig für ein Parteigericht, denn das gilt nur für Mitglieder, und zweitens, weil die Ablehnung der Bewerbung eine politische Entscheidung ist. Hier spielen sehr oft politische Gesichtspunkte eine Rolle, und darüber sollen die Gerichte nicht entscheiden. (*Adenauer:* Er ist noch nicht Mitglied!) Er steht sozusagen noch vor den Toren.

Adenauer: Damit hätten wir also die Parteigerichtsordnung erledigt? (*Zustimmung.*)

Von Hassel: Wir haben noch die „satzungsgemäßen Wahlen“ und „Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1961“ zu erledigen. Dazu folgendes:

Die Landesvorsitzenden haben sich mit der Frage der satzungsgemäßen Wahl, die durch den Bundesausschuß erfolgen muß, sehr eingehend beschäftigt. Es sind von den zehn, die vom Bundesausschuß zu wählen sind, einige ausgeschieden; einer durch Tod, andere sind im Bundesvorstand doppelt vertreten. Aus dem Grunde könnten ihre Plätze frei werden. Die Landesvorsitzenden sind der Meinung, daß der kommende Bundesparteitag – vermutlich im Frühjahr in Karlsruhe – unter dem Punkt „Verschiedenes“ möglicherweise eine neue Überlegung bringen wird. Die Ergänzungswahl durch den Bundesausschuß könnte, damit die Laufzeit der von Bundesvorstand und vom Bundesausschuß zu wählenden Mitglieder wieder synchronisiert wird, bis zum Bundesparteitag hinausgeschoben werden. Das müßte dem Bundesausschuß vorgetragen werden, der dazu Stellung nehmen muß.

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist zur Information zu sagen, daß die Bundesgeschäftsstelle und die Arbeitskreise, die die Bundestagswahl 1957 vorbereitet haben, ihre Arbeit bereits aufgenommen haben.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

VERSCHIEDENES

Von Hassel: Zum Bundesparteitag folgendes: Von unseren Freunden aus Baden-Württemberg ist gebeten worden, mit Rücksicht darauf, daß vermutlich Mitte Mai dort die nächste Landtagswahl stattfinden wird, den nächsten Bundesparteitag in diesem Raum abzuhalten, und zwar unmittelbar vor der Wahl. Vorgeschlagen als Tagungsort ist Karlsruhe. Als Termin ist die Zeit vom 27. bis 30. April vorgesehen.

Adenauer: Stimmen wir zu? (*Albers:* Ich mache darauf aufmerksam, daß Mitte März in Köln der Christliche Arbeiterkongreß stattfindet.⁶² Eine Verschiebung dieses Termins ist nicht möglich.)

⁶² Ständiger Ausschuß Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse (Hrsg.): Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März 1960 in Köln. Köln 1960. – Unterlagen in ACDP IV-013. Bericht in UiD Nr. 13/14 vom 31. März 1960 S. 4.

Von Hassel: Das macht ja keine Schwierigkeiten. Eine Verschiebung oder ein anderer Termin als Ende April ist nicht möglich. Wir haben alles genau geprüft.

Adenauer: Ihre Wünsche werden erfüllt, Herr Albers. – Damit können wir schließen. Ich stelle fest, daß wir harmonisch auseinandergehen, trotz der leidlichen Politik. Ich danke allen Landesvorsitzenden, speziell den Herren von Hassel, Altmeier, Blumenfeld und Fay, von ganzem Herzen für ihre mühevollen Arbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

10

Bonn, 9. November 1959

Sprecher: Adenauer, Adorno, Albers, Altmeier, Blumenfeld, von Brentano, Cillien, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, [Lücke], Frau Rehling, Scheufelen, Schröder, Stingl, Stoltenberg, Frau Weber, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Aussprache über die Ergebnisse der Sitzung des Bundesausschusses vom 28. September 1959. Konstituierung der Fachausschüsse der Bundespartei. Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961; Parteifinanzen; Rundfunkgesetz. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Tagesordnung heute, die sehr viel enthält, die wir aber in Ruhe erledigen wollen. Deswegen darf ich beginnen, obwohl wir hier schwach besetzt sind.

Entschuldigt haben sich die Herren Meyers, Schmücker, Kiesinger, Osterloh und Noltenius – das ist sehr bedauerlich; denn ich habe daran gedacht, daß er uns einen Bericht über die Wahl in Bremen¹ geben würde. Es ist zwar nicht viel darüber zu berichten.

¹ Am 11. Oktober 1959: SPD 54,9 %, CDU 14,8 %, DP 14,5 %, FDP 7,1 % (FISCHER 1 S. 453f.).